

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Baden. 1948-1949 1948**

101 (9.11.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH, Lehr (Baden), Bankkonto: Oberbadische Bank, Filiale Lehr, Postfach 2000 Freiburg, Redaktion: Lehr, Telefon 2548 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Freiburg, Telefon 2552  
Postfachkonto Karlsruhe 204, Girokonto Bezirkspostkasse Straßburg - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Offenburg, Telefon 1370 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Freiburg i. Br., Telefon 2783 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Lörrach, Telefon 2631 - Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag - Bezugspreis: DM 2,10 einschließlich Trägerlohn, DM 2,10 bei Postweg - Gültige Anzeigen- und Freilichtpreise 4 - Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR 101/2 JAHRG.

A 8

DIENSTAG, DEN 9. NOVEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Wahlsieg de Gaulles in Frankreich

Rat der Republik gewählt - Gaullisten über eigenen Erfolg überrascht - Der große Verlierer: MRP - Widerstand gegen Kommunismus  
Abg. Vortisch rechnet mit kollektivistischer CDU-Bürokratie ab - Schwierigkeiten bei Versorgung Südbadens mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Eintägiger Generalstreik in Bizone

Paris. Frankreichs Zweite Kammer, der Rat der Republik, wurde am Sonntag endgültig gewählt. Das französische Innenministerium veröffentlichte eine eigene Wahlanalyse der bisher gezählten 262 Sitze. Danach ist die Verteilung der Sitze wie folgt: Volkunion de Gaulles: 97, Radikalsocialisten: 49, Sozialisten: 49, Unabhängige: 21, Kommunisten: 16, MRP: 15, Republikanische Freiheitspartei: 6 und Verschiedene: 10 Sitze.

Der Rat der Republik Frankreichs setzte sich bisher, nach dem Stand vom Dezember 1946, wie folgt zusammen: Kommunisten und nahestehende Gruppen 78 Sitze, MRP und nahestehende Gruppen 74, Sozialisten 51, Vereinigung der Linken, einschließlich Radikalsocialisten 32, unabhängige Republikaner 12, Republikanische Freiheitspartei und nahestehende Gruppen 11, Algerische Unabhängige 4, Algerische „Manifest“-Partei 4, Parteilos 2. Zu diesen 268 Sitzen kamen später noch weitere 47 von Vertretern der überseeischen Gebiete hinzu.

Ein Unterschied zwischen den privaten Zählungen und den vom Innenministerium veröffentlichten Ergebnissen kam dadurch zustande, daß die Volkunion de Gaulles für sich auch die Sitze offiziell beansprucht, die Kandidaten anderer Parteien gewonnen haben, die sich aber zu der RPF bekennen. Eine Anzahl der gaullistischen Sitze wird also von parteilosen Kandidaten gehalten - denn die Volkunion will keine Partei sein - während der Rest anderen Parteien - unter anderem den Radikalsocialisten, der UDSR oder der Republikanischen Freiheitspartei - angeblich oder unabhängig sind und als solche vom Innenministerium verbucht werden. Im Endeffekt allerdings kann die Sammlung auch diese Kandidaten als ihre eigenen betrachten, da sie bei Abstimmungen im Rat der Republik auf Grund des von

ihnen eingegangenen Fraktionszwanges für de Gaulle stimmen werden.

Der zweite Erfolg der Gaullisten, über den man sich am Abend des Wahlsonntags zum Rat der Republik nicht hinwegtäuschen kann, wurde nach Bekanntgabe der ersten Wahlergebnisse in französischen Kreisen mit Überraschung aufgenommen. Der erste Einbruch der gaullistischen Volkunion vor einem Jahr bei den Gemeindevahlen hatte schon Aufsehen erregt. Nachdem sich allerdings innerhalb der Sammlungsbewegung einige Risse gezeigt hatten, überrascht jetzt der relativ große Erfolg der Sammlungsbewegung des Generals sogar die Gaullisten selber. Trotz der starken Haltung der französischen Regierung in der Streikfrage scheinen

sich die meisten unabhängigen Wahlmänner für die Partei entschieden zu haben, die ihnen die beste Gewähr für einen Widerstand gegen den Kommunismus bietet.

Die niedrige Zahl der kommunistischen Delegierten darf jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, daß die Partei gefährlich getroffen sei. Das neuartige Mehrheitswahl-system, das in über 70 Departements angewandt wurde, hat sich sehr nachteilig für die Kommunisten ausgewirkt. Der große Verlierer ist die MRP, die nach der Befreiung kompetent auftrata und jetzt fast völlig von den Gaullisten aufgesaugt worden ist. Die Sozialisten konnten ihre Stellung behaupten, die Radikalsocialisten ihre Position etwas verbessern. Inwieweit sich der „Ruck nach rechts“ auswirkt, bleibt vorerst abzuwarten.

## Frischer Wind in die Amtsstuben!

Von Bürgermeister Stahl, Titisee, M. d. L.

Die Verdünftigen unter uns - und es ist die Mehrzahl - wissen, daß ohne eine staatliche Organisation die Bevölkerung keine Existenzmöglichkeit hat. In unserer modernen Zeit gäbe es ohne Staatsverwaltung keine Post, keine Eisenbahn, keine Elektrizitätsversorgung, keine Rechtsprechung, keine Sicherheit und Ordnung u. a. m. Eines wissen wir aber auch, daß nämlich nur durch die Steuern und Abgaben von Bevölkerung und Wirtschaft der Staatsapparat aufrechterhalten werden kann.

Die Staatsverwaltung hat in der Altmarkzeit, gestützt auf die Kommandowirtschaft des Krieges und der Vorkriegszeit sowie auf die Masse der vorhandenen Reichmark, den durch die Vernunft gezogenen Rahmen der staatlichen Betätigung in einem Maße überspannt, daß sie wieder in vernünftige Bahnen zurückgeführt gehört. Aus dieser Situation heraus, auch der leeren Staats-, Kreis- und Gemeindefassen wegen, darf nicht mehr stillschweigend hingenommen werden, was an Dummheiten in der Staatsbürokratie passiert.

Wir stehen inmitten der Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichem Geist, der den überspitzten behördlichen Zwang mit seinen Fragebogen, Statistiken und Formularen beendet wissen will und der Amtsherrschaft über die Menschen satt ist, und dem konservativen Geist, der träge und milde ist, der nichts Neues wagt, der den Staat lenken, planen und wirtschaften läßt und sich nicht darum kümmert, ob dabei Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, mit Bleiklöten belastet, noch vorwärtskommen können.

Zwar sind endlich die zwecklosen Kommissare für den Wiederaufbau aus den Landkreisen zurückgezogen worden, aber viel zu spät beginnt der südbadische Staat, diese unproduktiven Kosten einzusparen. Ihre Arbeit, wenn sie überhaupt arbeiten wollten, war die Arbeit der Bezirksbaumeister. Nicht nur die Kommissare kosteten Geld; zum Kommissar trat noch ein Büro und mindestens ein Schreibfräulein und eine Schreibmaschine. Und im übrigen enge man die Bauwirtschaft nicht durch überhöhte Vorschriften ein, sondern lasse der Privatinitiative freien Spielraum. Wer baut, beschäftigt Menschen und schafft Wohnraum.

Welchen Leidensweg hat ein junger Handwerker zu gehen, der sich in die Handwerkerrolle eintragen muß, und wieviel Papier wird unnütz verschrieben auf diesem Leidensweg? 18 Instanzen (!) sind zu durchlaufen. Ist dies nicht lächerlich in unserer armen Zeit? Der Staatsbürokrat würde ein Lorbeerkranz gewunden, wenn sie mit einem kühnen Federstrich das ganze Gewerbezulassungsverfahren vereinfachen würde. Möglich wäre es, aber derjenige, der streicht, würde vielleicht den Ast, auf dem er sitzt, selbst absagen.

Oder was verspricht man sich in der Staatsbürokratie mit der weiteren Bewirtschaftung der Mangelwaren? Greifen wir einmal die elektrischen Birnen heraus. Der demokratische Abgeordnete Vortisch hat im Landtag dazu treffend gesagt: „Wieviel der unter die Zwangsbewirtschaftung gestellten elektrischen Birnen müssen abgezweigt werden zur Beleuchtung aller Arbeitsplätze, die neu geschaffen werden müßten, um all diese Maßnahmen durchzuführen?“ Und ich setze hinzu: wieviel Tonnen Papier waren bis jetzt nötig, um die Maßnahmen über Bewirtschaftung der Mangelware bekanntzugeben, zumal da Papier für neue Schulbücher nicht genügend zur Verfügung gestellt werden kann?

Wäre es aber nicht auch an der Zeit, die die Wirtschaft hemmenden Straßenverkehrsämter aufzulösen? Ein armes Land muß einfach verwaltet werden. Ein einziger Beamter des Landratsamtes hat früher das Kraftfahrzeugwesen unter sich gehabt und es ging auch. Wieviel Zeit, wieviel Benzin verlieren

## Ostzonenwirtschaft vor Zusammenbruch

Die Auswirkungen der westlichen Gegenblockade - Versorgungsvorrat in Berlin jetzt größer als vor Beginn der Blockade - Luftbrücke im Winter gesichert

Berlin. Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Clay, vertrat hier am Samstag vor Pressevertretern der UN die Auffassung, die Wirtschaft der Sowjetzone stehe kurz vor einem Stillstand. Sie zeige seit Monaten keinen Fortschritt und sei von der westlichen Gegenblockade zusehends getroffen worden. Die Produktion in Westdeutschland sei demgegenüber in den vergangenen Monaten um vierzig % gestiegen.

General Clay versicherte dann erneut, daß die Versorgung der Berliner Westsektoren durch die „Luftbrücke“ auch im Winter aufrechterhalten werde. Auch unter den schlechtesten Flugbedingungen werde es möglich sein, der Berliner Bevölkerung lebensnotwendige Güter zuzuführen.

Zur Frage eines möglichen Abzugs der Westmächte aus Berlin erklärte der General:

„Wir verteidigen die Freiheit in der Welt. Jede Einschränkung, so klein sie auch sei, würde in anderen Völkern das Gefühl aufkommen lassen, daß weitere Einschränkungen möglich sind. Ein Verlassen Berlins stehe längst nicht mehr zur Diskussion. Seit Beendigung der amerikanischen Wahlen sei eine verstärkte sowjetische Propagandatätigkeit zu beobachten. Die aufgeworfene Frage eines Abzugs der Besatzungstruppen mache jedoch keinen Eindruck in Westdeutschland. Die Bevölkerung dort sei viel zu sehr um den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Gebietes bemüht, als daß derartige Propagandaktionen sie beeinflussen könnten. Nach Ansicht Clays hat die SMA bereits alle Hoffnungen aufgegeben, ihre Beziehungen zu der deutschen Bevölkerung auf einer freundschaftlichen Basis aufbauen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die Aufstellung von bewaffneten Polizeitruppen in der Sowjetzone zu werten. Die SMA sei nicht mehr daran interessiert, ob die deutsche Bevölkerung ihre Ziele billige oder nicht.“

Clay gab dann bekannt, daß die Vorräte an Versorgungsgütern in den Berliner Westsektoren zur Zeit größer sind, als vor Beginn der Blockade. Insgesamt stehe ein Versorgungsvorrat für 39 Tage zur Verfügung. Dagegen bestehe in der sowjetischen Zone seit dem Sommer ein Mangel an Nahrungsmitteln, der ein rapides Absinken der Produktion zur Folge habe.

## In Ostzone: Auf 100 Einwohner 1 Polizist

„Volkspolizei“ muß Stimmungsberichte an SMA schicken

Berlin. Die Stärke der ostzonalen Polizei soll, wie der „Kurier“ aus Kreisen der Verwaltung des Inneren bei der „Verwaltung der Deutschen Wirtschaftskommission“ erfährt, in solchem Umfang heraufgesetzt werden, daß auf hundert Einwohner ein Polizist komme. Städte von 30000 Einwohnern werden demnach drei Hundertschaften Polizei erhalten. Für alle Fälle soll eine vierte Hundertschaft in Reserve gehalten werden.

Die Bezahlung der Polizei fällt wie der „Kurier“ weiter erfährt, unter den Gemeindefürsorge. Die Bewaffnung der Polizei werde sich auch in Zukunft nach außen hin lediglich in Pistole und Holzknüttel zeigen, jedoch solle die interne Ausbildung am Karabiner sowie an schweren Waffen bis Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein. Bei allen Maßnahmen der Polizei sollen Vertreter der Arbeiterschaft hinzugezogen werden.

Die Organisation der gesamten ostzonalen Polizei sei nunmehr straff auf die Verwaltung des Inneren in Berlin-Wilhelmsruh

ausgerichtet. An sie müßten auch sämtliche Berichte über die Stimmung der Bevölkerung von den Polizeistellen geschickt werden. In Anwesenheit sowjetischer Beobachter träfen die Polizeichefs bei den Länderregierungen regelmäßig einmal in der Woche in Wilhelmshöhe zu internen Besprechungen zusammen.

ausgerichtet. An sie müßten auch sämtliche Berichte über die Stimmung der Bevölkerung von den Polizeistellen geschickt werden. In Anwesenheit sowjetischer Beobachter träfen die Polizeichefs bei den Länderregierungen regelmäßig einmal in der Woche in Wilhelmshöhe zu internen Besprechungen zusammen.

## Verteidigungspläne der Westeuropa-Union

20 Divisionen sollen ersten Ansturm aufhalten - 1500 Düsenjäger erforderlich - Montgomery will Aufrüstungsfonds befürworten

Melle. Bei den Besprechungen, die am Montag in Melle (Westfalen) zwischen den militärischen Oberbefehlshabern der Westeuropäischen Union, Feldmarschall Montgomery, und den drei westlichen Militärgouverneuren stattfanden, sollen, wie Dona erfährt, neben der Deutschlandfrage auch politische und strategische Probleme der Westunionstaaten erörtert worden sein.

Montgomery hat, wie aus politischen Kreisen Londons verlautet, bereits bestimmte Pläne für die Verteidigung der westeuropäischen Union ausgearbeitet. Mindestens zwanzig Divisionen sind nach seiner Ansicht erforderlich, um die Landfront bis zum Eintreffen amerikanischer Einheiten halten zu können. Zur Abschirmung des Luftraumes seien 1500 Düsenjäger notwendig, von denen allerdings erst 50 Prozent zur Verfügung stehen sollen. Montgomery soll außerdem die Errichtung eines Aufrüstungsfonds befürworten, an dem Großbritannien und Frankreich mit je 40 Prozent, Holland und Belgien mit je 4 Prozent und Luxemburg mit 2 Prozent beteiligt sein sollen.

## Truman erörtert Stand der US-Verteidigung

Washington. Präsident Truman erörterte am Samstag mit seinen militärischen Beratern den Stand der amerikanischen Verteidigung. Dies war die erste Konferenz, die der Präsident nach seiner Wiederwahl mit den führenden Persönlichkeiten der US-Kriegsministeriums abhielt.

## Bramuglia ergreift erneut die Initiative

Vor einem neuen Versuch zur Lösung des Berliner Konfliktes

Paris. Die Berliner Frage dürfte in Kürze erneut den Sicherheitsrat beschäftigen, vor dem sie bekanntlich auch nach dem russischen Veto weiter anhängig ist. Der Präsident des Sicherheitsrates, der argentinische Außenminister Bramuglia, der sich für einige Tage nach London begeben hatte, erklärte dort, er würde wahrscheinlich nach seiner für morgen vorgesehenen Rückkehr nach Paris erneut die Initiative zu einer Lösung des Berliner Konfliktes ergreifen. Er habe nach wie vor Vertrauen in eine friedfertige Lösung

dieses Streitfalles und sei der Ansicht, daß die Atmosphäre im Sicherheitsrat jetzt hierfür günstiger sei als zuvor.

Der „Figaro“ ergänzt diese Nachricht mit folgenden Worten: „Das Resultat der amerikanischen Wahlen hat in den Wandelgängen des Palais Chailot einen neuen Wind aufkommen lassen. Noch gestern erklärte man hier in den Kreisen, die der russischen Delegation nahestehen, daß demnächst das Zusammenbrechen einer Viermächte-Konferenz über Deutschland nicht ausgeschlossen sei.“

## Die Demokratische Partei im Südwestfunk

Donnerstag, 11. Nov. 19.00 - 19.15 Uhr

Fr. Karl Hoffmann, Vizepräs. der Handelsk. Schopfheim, spricht im Rahmen eines Vier-Parteien-Gesprächs

die geplanten Fahrzeughalter durch die vielen Vorführungen, Vorsprachen bei den Verkehrsmitteln? Weg mit den Fahrbüchern, den Fahrheften, dem Nacht- und Feiertagsfahrverbot! Daß die Straßenverkehrsämter von der Notwendigkeit ihrer Arbeit selbst nicht mehr überzeugt sind, bewies jenseitig eines solchen Amtes, die auf die Frage, was sie auf dem Amt noch zu tun haben, zur Antwort gab: „Wir spielen Horst Wessel, wir sind nur noch im Geiste da.“

Wäre es nicht auch an der Zeit, die Arbeitsämter in Anpassung an die Zahlungskraft der Bevölkerung auf eine einfachere Arbeitsweise zurückzuführen? Das Theater mit den Meldekarten zur Vorlage bei der Lebensmittelkartenausgabe ist überflüssig. Auch sollten sich die Arbeitsämter jede überflüssige Arbeit ersparen, wie z. B. die geplante Einführung der landwirtschaftlichen Betriebskarte, die die Grundlagedaten der Betriebe durch Anstellung der Arbeitsämter. Ich will es mir ersparen, die Fragestellung in jenen Kontrollkarten der Öffentlichkeit preiszugeben, denn ich will annehmen, daß die Erfindung jener Betriebskarte nicht die Billigung aller Arbeitsämter gefunden hat. Daß die Einführung der Karte aber gescheitert ist, war nicht das Verdienst der Ämter, sondern das Verdienst des gesunden Widerstandes verantwortungsbewußter Bürgermeister.

Was aber sagt die Öffentlichkeit zur Schwäche unserer Staatsbürokratie, daß bei gleichgebliebenen Rentenleistungen in Südbaden die Beiträge für Pflichtversicherte in der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 3,6 auf 9 % des Arbeitseinkommens erhöht wurden, während in der Bizone keine Erhöhung stattfand? Für freiwillig versicherte Handwerker liegen die Dinge ähnlich. Ist unsere Bürokratie so schwach, daß sie sich nicht für die Rechte von Wirtschaft und Arbeitnehmern einsetzen kann?

Es ist aber auch nicht möglich, zu schweigen zu der Unanschaulichkeit des Landwirtschaftsministeriums, in Sonderheit seiner Ernährungsabteilung, in der Frage der Befreiung der Wirtschaft von einer überspitzten Zwangsbewirtschaftung. Wie unmöglich lange nur wehrte man sich dort gegen die Herausnahme von Gemüse und Obst aus der Zwangsbewirtschaftung. Und siehe da, die These: „Gemüse und Obst wächst genug bei uns, wenn sich die Bürokratie nicht mit ihm befäßt“, hatte sich glänzend bewährt, als die Freigabe erzwungen war. Daß auf Grund des Diktates 1947, „die unmittelbare Abgabe von Kartoffeln durch die Erzeuger an die Verbraucher ist verboten“, wertvolles Kartoffelgut infolge zu spät einsetzender Lenkung der Kartoffeln errotet, sei nur am Rande bemerkt. Kartoffeln gehören von Acker weg durch die Verbraucher oder Händler gekauft, dann gelangen sie gesund in den Keller.

Die Eingriffe des Ministeriums in die Futtermittelwirtschaft der Bauern überfordert zum Widerstand auf Heu und Hafer sind die Grundlagen der Milchzeugung, der Viehzucht und Viehernährung. Ohne genügend Heu und Hafer wird im Winter die Milchzeugung erneut wieder zurückgehen, und die Normalverbraucher und die Kinder in den Städten werden die Leidtragenden sein. Die Erhebung einer Haferumlage durch das Ministerium zur Deckung des Bedarfs einer gewissen Holzabfuhr und der Sägewerke, für die Pelletierzucht, das Speditionsgewerbe und für den Bedarf der Versuchstiere an Instituten (1) ist ein Rückfall in die schwärzesten Zeiten der Zwangsbewirtschaftung. Den Pelletierzuchtern sei Hafer für ihre Tiere nicht versagt. Daß ihnen aber mit Staatsunterstützung Hafer von den Bauern geliefert wird, das schlägt dem Faß den Boden aus. Wenn irgendwo übriger Hafer ist, dann soll

der Pelletierzüchter ihn sich frei beschaffen. Der Staat darf nicht zum Haferhändler werden, solche Geschäfte sind Aufgabe des Bauern, des Händlers und der Genossenschaften.

Warum hört man nichts davon, daß durch eine vernünftige Neuregelung der Eierversorgung ein höherer Eieranfall garantiert wird? Wenn die Bewirtschaftungsbürokratie weiterhin an ihrem Standpunkt festhält, durch überhöhten Eieranfall die Zahl der Legehühner zu reduzieren, dann kommen eben immer weniger Eier für die menschliche Versorgung in Frage. Der Normalverbraucher kann auf die Dauer nicht damit zufrieden sein, 20 oder 24 bewirtschaftete Eier im Jahr zu erhalten. Im Sommer schon hätte den Bauern und Hühnerhaltern die Vermehrung der Hühner dadurch schmachhaft gemacht werden müssen, daß das Ende der Bewirtschaftung für das Jahr 1949 in Aussicht gestellt worden wäre. Dann wären Kücken aufgezogen worden und wir hätten eine bessere Eierversorgung im nächsten Jahr. Zum mindesten aber hätte man den im Landtag angenommenen Antrag der Demokratischen Fraktion jetzt schon in die Tat umsetzen müssen. Die Regierung wird erachtet, im Interesse der Verbesserung der Ernährungslage wieder, wie früher üblich, pro Kopf des hühnerhaltenden Haushalts die Haltung eines Hühners ohne

Eierablieferungspflicht zu gestatten. Auch dann wären mehr Hühner aufgezogen worden. Als Meisterstück der Wirtschaftsbürokratie aber bleibt bestehen die Verordnung vom 11. 9. 1948 über die Bewirtschaftung des Aehrenlesegetreides mit dem Kernsatz: „Der unmittelbare Verkehr des Aehrenlesers mit der Mühle ist verboten.“ Über diese Verordnung geht man am besten zur Tagesordnung über.

Es ist höchste Zeit, einen frischen Wind in die Amtsstuben wehen zu lassen, wo noch kein Verständnis dafür vorhanden ist, daß Dinge, wie ich sie aufgeführt habe, unser Stüttschen sich nicht mehr leisten kann. Jede Form der Bewirtschaftung zieht einen Apparat von Arbeit und Kosten nach sich, sowohl bei denen, die am grünen Tisch die Theorien erfinden, als bei denen, die sie weitergeben, und zum Schluß bei den Betroffenen, die die Theorien in die Praxis umsetzen sollen. Die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung stößt unter den „Segnungen“ der Wirtschaftsbürokratie, unter dem Papierkrieg der Behörden untereinander und mit dem geplagten Volk. Eine Volksbewegung muß einsetzen und den guten Krieg führen gegen die papierene, überspitzte Bürokratie, den Krieg für die Einfachheit in der Verwaltung und für Durchführung vernünftiger, von Kommandarwirtschaft befreiter Gesetze.

## Schwierige Getreide-Versorgung in Südbaden

Reduzierung des Milchviehbestandes um 41 Prozent gegenüber 1938 — 80 Tonnen Fleisch umgesetzt — Ausreichend Winterkartoffeln

Freiburg. Auf einer Pressekonferenz im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft gab Minister Kirchgässner der Erwartung Ausdruck, die Landwirte würden nach der Angleichung der Fleischpreise an die der Bizone die Umlage freiwillig erfüllen, um die Aufrechterhaltung der Zuteilungen für Normalverbraucher von je 400 Gramm zu sichern. Freilich bewirkten die erhöhten Preise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel auch eine Erhöhung des Preisniveaus für landwirtschaftliche Produkte. Das Preisproblem sei daher auch von dieser Seite anzupacken.

Die Versorgung Badens mit Winterkartoffeln vor Eintritt des Frostes sei gesichert. Für das nächste Frühjahr werde das Ministerium Einkellerungsverträge abschließen, um Kartoffeln für den Abruf im März und April sicherzustellen.

Am schwierigsten sei die Versorgung mit Getreide. Die lange Regenzeit habe die Güte des Getreides stark beeinträchtigt, das wegen seines hohen Wassergehalts zur Zeit nicht vernahlen werden könne. Die Erzeugung aus eigener Ernte reiche nur für zwei Monate, man rechne aber bis zum 31. Dezember mit Zufuhren von 31.000 t Getreide, 27.000 t amerikanischem Mehl und 9.000 t Mais.

Obst lasse in Preis und Qualität viel zu wünschen übrig. Der Großhandel in der Bizone kaufe jede Menge Obst unsortiert zu stark überhöhten Preisen auf. Der Landwirt werde, wie zu befürchten sei, sein Obst nicht absetzen können, wenn das Ausland bessere und preiswertere Ware anbieten würde.

Der Minister verteidigte sodann den Preis von 36 Pfennig für einen Liter Vollmilch mit 2,5% Fettgehalt. Eine Heraufsetzung des Fettgehalts auf den normalen Satz von 3,5% hätte einen Anstieg von 600 t Butter zur Folge. Die Reduzierung des Milchbestandes in Baden um 41% gegenüber 1938 bringe einen Anstieg von rund 50 Millionen Litern Milch jährlich mit sich. Es sei beabsichtigt, aus dem Ausland größere Mengen Oelansaat einzuführen, die in den einheimischen Mühlen zur Gewinnung von Speisöl und eiweißhaltigen Futtermitteln für das Milchvieh verarbeitet werden sollen. Nach Möglichkeit werde man auch ausländische Margarine und ausländisches Schweinefett einführen.

Der Minister betonte abschließend, Lebensmittel müßten solange bewirtschaftet bleiben, wie sie Mangelware seien. Nach vorläufigen Schätzungen würden in Baden monatlich 80 t Fleisch auf dem Schwarzen Markt umgesetzt, was 400 Stück Großvieh, dem Viehbestand einer kleineren Landgemeinde, entspreche.

### Staatsrechtliche Bedenken

bei ernährungswirtschaftlichem Anschluß an Bizone

Baden-Baden. Die Minister für Landwirtschaft und Ernährung der Länder der französischen Zone gaben nach ihrer Konferenz am 4. 11. in Baden-Baden folgende Erklärung über den für den 1. 11. 48 vorgesehenen ernährungswirtschaftlichen Anschluß an die Bizone ab:

„Die Landwirtschaftsminister der französischen Zone stellen fest, daß der zum 1. 11. 48 vorgesehene ernährungswirtschaftliche Anschluß an die Bizone leider nicht möglich war. In den Kabinetten der Länder haben sich staatsrechtliche Bedenken ergeben, die zunächst noch geklärt werden müßten. Auch begreife die Übernahme der ernährungswirtschaftlichen Gesetze und Verordnungen der Bizone noch Schwierigkeiten. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verbraucher des französischen Besatzungsgebietes seit dem 1. 10. 1948 kalorienmäßig etwa denen des vereinigten Wirtschaftsgebietes gleichgestellt sind.“

### Schwarzhandel im Landtag

München. Während einer Ernährungsdebatte im bayerischen Landtag, in deren Verlauf der Schwarzhandel mit Fleisch besonders heftig kritisiert wurde, verkaufte der Hausmeister des Oberfinanzpräsidiums, in dessen Räumen der bayerische Landtag tagt, an die Angehörigen dieser Institution markentreue Wurstwaren zum Preise von DM 3,65 pro Pfund. Landwirtschaftsminister Dr. Schögl ließ feststellen, daß der Lieferant der Wurstwaren ein Herr Wagner vom bayerischen Gewerkschaftsbund sei.

## Wohleb: Für Frankreich nur 3 Lösungen annehmbar

Stuttgart. Staatspräsident Wohleb erklärte einem Vertreter der „Stuttgarter Zeitung“ zur südwestdeutschen Ländervereinbarung, er kenne kein Schreiben der US-Militärregierung, in dem angedeutet werde, daß eine Trennung Nordbadens von Nordwürttemberg ausgeschlossen sei. Dagegen seien für Frankreich nur 3 Lösungen annehmbar: 1. Zusammenschluß zum Südweststaat, 2. Vereinigung von Baden und Württemberg in sich, 3. oder Status quo.

## Dr. Müller zum südwestdeutschen Länderzusammenschluß

Morgen tagt in Tübingen der Sechserausschuß. Die Militärgouverneure hätten bisher noch nicht Stellung zu den von den westdeutschen Ministerpräsidenten eingereichten Vorschlägen zur Bildung des Südwest-

## Landtagsabg. Friedrich Vortisch

spricht heute im Südwestfunk von 19.00 bis 19.15 Uhr über: „Die Politik der Demokratischen Partei in Baden“

staates Stellung genommen, erklärte der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, laut Süddeinem Vertreter der „Schwäbischen Zeitung“. Über die Aufgaben des am kommenden Mittwoch in Tübingen tagenden Sechserausschusses erklärte der Staatspräsident, daß ihm die Ausarbeitung eines Staatsvertrages obliege, der vor dem Zusammenschluß der Länder in Kraft treten soll. Der Ausschuß soll prüfen, ob und in welcher Form ein derartiger Vertrag geschlossen werden könnte und welche Bestimmungen über die künftige Organisation des Südweststaates und die Sicherung der berechtigten Sonderwünsche der sich zusammenschließenden Länder in den Vertrag aufgenommen werden sollten. Dabei soll nach dem Beschluß der Regierungschefs vom Karlsruher Entwurf ausgegangen werden. Zweifellos würden aber auch die in den Freiburger Gegenentwurf enthaltenen Vorschläge eingehend diskutiert werden. Abschließend bemerkte Dr. Müller, daß bis jetzt noch alle Möglichkeiten über die Zukunft der drei südwestdeutschen Länder offen seien.

## Fahndung nach Schacht

Das Verfahren wird neu durchgeführt. München. Alle Außenstellen der bayerischen Landespolizei wurden am Samstagabend nach einer Verlautbarung aus ihrem Präsidium aufgefordert, Nachforschungen nach dem Verbleib von Dr. Hjalmar Schacht anzustellen.

Wie der amtierende Minister für politische Säuberung in Württemberg-Baden bekanntgab, ist nach wochenlangter Prüfung aller Einzelheiten der gegenwärtige Spruch zur Entlastung aufgehoben worden. Das Verfahren wird neu durchgeführt. Der Minister wies darauf hin, daß damals bei der Verhandlung Schacht zwar objektiv und subjektiv als Hauptverdächtig angesehen worden sei, daß aber die Tatsache, daß Schacht schon ab 1931 als geheimes Mitglied der NSDAP gilt und daß er aus Dank für die Verleihung des Goldenen Parteiabzeichens Monat für Monat 1000 Mark an die Partei abgeführt hat, nicht in gebührender Weise gewürdigt worden ist.

## Buß- und Bettag

staatlicher Feiertag in Südbaden. Freiburg. Die Landesregierung hat im Einvernehmen mit der Militärregierung beschlossen, daß der Buß- und Bettag am 17. November als staatlicher Feiertag in Südbaden anerkannt wird.

## Kommunisten wünschen rote Diktatur

Revolutionsfeiern in Moskau und Berlin

Moskau. Anlässlich des 31. Jahrestages der bolschewistischen Oktoberrevolution fand am Sonntag auf dem Roten Platz in Moskau eine große Parade der Roten Armee statt. Marschall Timoschenko erklärte laut Tass in einer Ansprache an die Soldaten, die Sowjetunion werde als „das zuverlässige Bollwerk für Frieden und Sicherheit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker“ betrachtet.

Auf einer Feier am Samstagabend forderte der sowjetische Außenminister Molotow die beschleunigte Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschland und Japan. Molotow erinnerte dann an die Grundsätze, die Stalin für die sowjetische Politik aufgestellt hat und in denen er erklärt: „Nachdem die Sowjetunion den Krieg mit einem Sieg über ihre Feinde beendet hat, ist sie in eine neue, friedliche Periode ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten.“ Er verglich den industriellen Fortschritt in der Sowjetunion, der mit Hilfe eigener Mittel erzielt worden sei, mit der Wirtschaft der „kapitalistischen“ Länder Europas, die nur von den Krediten lebe, die „Onkel Sam“ gebe. Der sowjetische Außenminister wandte sich gegen den Marshall-Plan, der als ein Faktor für die Sicherung des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft hingestellt werde, dessen Gelder aber in die Taschen der europäischen Kapitalisten wanderten und deshalb keinen wirklichen Wiederaufbau ermöglichen.

Mit einem Hinweis auf die von Jahr zu Jahr zunehmende Stärke der Sowjetmacht schloß Molotow seine eininhalbstündige Rede. Die Versammelten billigten dann eine Botschaft an Marschall Stalin.

Berlin. Anlässlich des 31. Jahrestages der Oktoberrevolution fanden am Sonntag auch in Berlin Revolutionsfeiern statt. Der erste Vorsitzende der Berliner SED, Hans Jendretzky, beschuldigte auf einer Kund-

gebung das deutsche Volk, die großen Beispiele der Sowjetunion nicht verstanden zu haben.

Hermann Schimme, der Vorsitzende des Berliner FDGB, lobte auf einer Versammlung die sowjetische Besatzungspolitik, die sich „Gottseidank über alle rechtlichen Vorbehalte hinwegsetze, als die Frage der Enteignung von Grund und Boden entschieden werden mußte“. Der Redner forderte die Anwendung gleicher Enteignungsmethoden im übrigen Deutschland. Er wandte sich gegen die Pressefreiheit, indem er nur Arbeiterzeitungen für die Arbeiter verlangte, damit „endlich der Nebel aus den Gehirnen verschwindet“.

### Bayernpartei kandidiert in Lindau

Baden-Baden. Nachdem die französische Militärregierung der Bayernpartei im bayerischen Kreis Lindau die Lizenz erteilt hat, wird sich die Bayernpartei an den am 14. November stattfindenden Gemeindevahlen beteiligen. Der Landesvorsitzende der Bayernpartei, Staatsminister a. D. Josef Baumgartner, sprach aus diesem Anlaß am Samstag auf einer Wahlkundgebung der Bayernpartei im Theatersaal in Lindau zum ersten Male in der französischen Zone.

### Eisenbahnglück bei Weinheim

5 Tote, 29 Verletzte. Heidelberg. Ein schweres Eisenbahnglück ereignete sich südlich des Hauptbahnhofs Weinheim, als ein aus Richtung Darmstadt kommender Flüchtlingzug auf einen haltenden leeren Güterzug fuhr. Ein aus Richtung Heidelberg kommender Güterzug fuhr dann in zwei vollbesetzte Wagen des Flüchtlingzuges, die bei dem ersten Zusammenstoß aus den Gleisen gesprungen waren. Es gab 5 Tote und 29 Verletzte.

## Zeitgeschehen - kurz berichtet

Ausgangssperre für Stuttgart aufgehoben. Die Ausgangssperre, die nach den Zusammenstößen am 28. 10. der Stadt Stuttgart auferlegt wurde, ist am Samstag von dem Direktor der Militärregierung Württemberg-Baden aufgehoben worden.

Aufschlußreiche Bilanz der Hamburger Kriminalpolizei. Das Schwarzmarkt-Dezernat der Hamburger Kriminalpolizei konnte seit Mai dieses Jahres 73 Druckerinnen, die Lebensmittelkarten fälschten, und vier, die Falschgeld herstellten, ausheben.

Eintägiger Generalstreik in der Bizone. Der Gewerkschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes rief am Samstag zu einem eintägigen Generalstreik in der Bizone auf.

Gründung einer Spielbank in Bad Neuenahr endgültig gesichert. Nach der Zustimmung des Gemeinderates von Bad Neuenahr ist nun die Errichtung einer Spielbank in dem Heilbad gesichert. Es wird eine „Kasino Bad Neuenahr Kommandit-Gesellschaft“ gegründet, die unter der Leitung von Direktor Forster steht, dem früheren Vorsitzenden der Spielbank in Zoppot.

Immer noch Knochen- und Kleiderreste bei Aufräumarbeiten in Flörsheim. Bei den Aufräumarbeiten in Flörsheim werden immer wieder Knochen, Kleiderreste, Brieftaschen usw. von Personen gefunden, die bei dem schweren Luftangriff auf die Stadt im Februar 1945 ums Leben gekommen sind. Unter Aufsicht der Kriminalpolizei räumen Arbeiter gegenwärtig einen Ke-

ler in der Bahnhofstraße, in dem 16 Personen verschüttet liegen sollen.

Leni Riefenstahl „nicht betroffen“. Die bekannte Filmschauspielerin und Regisseurin Leni Riefenstahl-Jakob, z. Zt. in Königfeld im Schwarzwald wohnhaft, wurde von dem Untersuchungsausschuß Villingen als vom Gesetz „nicht betroffen“ erklärt, da sie weder in der NSDAP noch in einer ihrer Organisationen Mitglied war. Auch als Nutznießerin des Dritten Reiches konnte sie nicht angesprochen werden.

Auch Reemtsma „entlastet“. Der bekannte Zigaretten-Industrielle Philipp Reemtsma wurde von dem zuständigen Hamburger Entnazifizierungsausschuß in die Gruppe der „Entlasteten“ eingestuft. Reemtsma war von Hamburger Landgericht wegen aktiver Beihilfe zu 10 Millionen DM Geldstrafe oder 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Eine dänische Expedition nach Grönland. Eine 30-40 Mann starke dänische Expedition, die mit Flugzeugen und Raupenschneppern ausgestattet werden soll, wird sich im Frühjahr 1949 nach Grönland begeben, um an Ort und Stelle die kürzlich entdeckten Eisvorkommen zu untersuchen.

### DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Altmann. Anst. der Redakt.: Lahr/Schw., Post 770, Tel. 235. Verleger: Demokratische Verlagsanst. mbH, Lahr/Schw.-Druck: Moritz Schauberg, Lahr/Schw. - K. & H. Greiner, Badstätt (Baden). - Südwestdruck K. G. Lörsch. - A. Reiff & Cie., Ottenburg (Baden).

Die Politik der Demokratischen Partei in Staat und Gemeinde:

Der Staat muß vermenschlicht werden

Linksradikale Säuberungspraxis in Baden — Staatspolitische Erwägungen fordern Südweststaat — Frischen Wind in die muffige Luft der Freiburger Bürokratie

Lahr. Zu einer überzeugenden Offenbarung demokratischen Willens und gradliniger politischer Zielsetzung gestaltete sich die Wandkundgebung, die die Demokratische Partei für Sonntagabend einberufen hatte. Vielleicht war auch keiner so berufen, in die politische Entwicklung der letzten drei Jahre, die Politik der südbadischen Regierung und darüber hinausreichend in die großen Zusammenhänge eines sich in Anfängen abzeichnenden großräumigen deutschen Gestaltungswillens hineinzuleuchten wie gerade der stellvertretende Vorsitzende der demokratischen Landt.-Fraktion, Abg. Vortisch. Vor dem Hintergrunde seiner, oft von Zustimmungskundgebungen begleiteten, ein- und halbtägigen Ausführungen hob sich das Bild des freiheitlich gesinnten Menschen und weitblickenden badischen Politikers ab. Daß die Auseinandersetzung mit dem Geschehen in Gemeinde, Kreis und Staat stellenweise zu einer scharfen Abrechnung mit der Freiburger Regierung werden mußte, war wahrhaftig nicht Schuld des demokratischen Sprechers, sondern der von der badischen CDU betriebenen totalitär-zentralistischen Politik, die in merkwürdigen Gegensätzen zu der partikularen Einstellung des von ihr herausgestellten Staatspräsidenten in der Frage des Zusammenschlusses steht. Im einzelnen führte Abgeordneter Vortisch, dessen Sachkenntnis namentlich durch seine Mitarbeit im Rechtsplegungsausschuß des Landtags auch von den übrigen Parteien anerkannt wird, u. a. aus:

Die innerdeutsche politische Entwicklung der letzten drei Jahre konnte jeder deutsche Mensch von demokratischer Grundhaltung nur mit immer steigender Besorgnis beobachten. Durch die Veranlassung der Bildung politischer Parteien, der Wahlen zu Gemeinderäten, Kreisräten, Landtagen, der Schaffung der Verfassungen, haben die Militärrichtungen der Besatzungsmächte einen Wechsel auf die Demokratie angestrebt, der bei Fälligkeit zwangsläufig entweder eingeleitet werden oder zu Protest gehen muß. Wenn er nicht zu Protest gehen soll,

müssen die demokratischen Formen einen Inhalt bekommen, und den demokratischen Einrichtungen muß die Möglichkeit gegeben werden, in eigener Verantwortung zu wirken.

Wenn harte Eingriffe in die Rechtssphäre des einzelnen als Folgen des Krieges notwendig sind, dann dürfen diese Eingriffe nicht nach außen hin wie freie Willensäußerungen dieser Organe behandelt werden, wenn diese Organe von ihnen zum Teil nicht einmal Stellung nehmen dürfen oder über die Stellungnahme in der Presse nicht berichtet werden darf. Sonst wird die Tatsache verwehrt, daß solche harten Maßnahmen dem deutschen Volk auferlegt werden als zwangsläufige Folgen des verlorenen Krieges, des völligen Zusammenbruchs, der bedingungslosen Kapitulation und daß das deutsche Volk diese Maßnahmen letztlich dem Führer verdankt. Die Verantwortung liegt dann sehr nahe.

Die Abneigung und Unlust gegen die Mitarbeit in demokratischen Staat hat aber noch einen besonderen Grund. Das ist die Art, wie bei uns in Baden die Denazifizierung durchgeführt worden ist. Man hat bei uns im letzten Stadium der Säuberung, dem sogenannten Verwaltungsverfahren, gegen rd. 80 000 Menschen Säuberungsentscheidungen erlassen.

Durch diese Handhabung der Denazifizierung hat man in der ganzen Bevölkerung eine derartige Ablehnung und Verärgerung ausgelöst, daß es heute überhaupt nicht mehr möglich ist, ei-

nen noch nicht gefaßten Schuldigen — und es gibt deren noch viele — überhaupt noch einer gerechten Maßregelung zuzuführen.

Diese Entwicklung war voraussehbar. Die, die es ehrlich mit der Denazifizierung gemeint haben, haben vor ihr gewarnt. Wir Demokraten haben immer wieder eine Änderung der Bestimmungen verlangt, solange es noch Zeit war, nicht im Interesse der Nationalsozialisten und des Nationalsozialismus, sondern aus demokratischen Grundsätzen heraus im Interesse der Demokratie. Denn die Demokratie ist es, die die ganze erregte Verärgerung zu fühlen hat.

Beim Suchen nach dem Urheber irgendeines Tatbestandes fröst der erfahrene Jurist seit den Zeiten der alten Römer: Cui bono? Zu wessen Gunsten und zu wessen

Nachteil wirkt sich der Tatbestand aus? Dieser Tatbestand, an dem in erster Linie die linksradikalen Säuberungsausschüsse in den Ministerien schuld sind, wirkt sich tatsächlich zwangsläufig aus in einer Gleichgültigkeit weiter Kreise gegenüber dem Staat und der Demokratie und damit in einer Stärkung insbesondere der Kommunisten, die selbst sehr viel weniger bequem sind als die Kreise des Bürgertums und der Bauernschaft, die in diesen Dingen eine Rechtfertigung ihrer politischen Gleichgültigkeit suchen.

Gerade die Haltung der Landtage in die Aufmerksamkeit der Welt auf das Süd-Württemberg und Süd-Baden hat Problem der Werkselementen gerichtet und diese praktisch bis heute verbin-

Auch bei der Behandlung der Frage der Gemeindeordnung und Kreisordnung hat sich immer wieder die zentralistisch-bürokratische Einstellung der Freiburger CDU-Regierung gezeigt. Wir Demokraten haben im Landtag mit Erfolg das Ziel der Ausgestaltung der Gemeindefreiheit vertreten, weil dieses Ziel unseren Grundsätzen der Duldsamkeit und der Dezentralisierung entspricht. Der schweizerische Publizist Gasser weist in seinem Buch „Gemeindefreiheit als Rettung Europas“ darauf hin, daß Volksgemeinschaften immer nur dann vor der Geschichte bestehen können, wenn sie auf einem altgestammten und lebenskräftigen Selbstverwaltungssystem ihrer kommunalen und regionalen Unterverbände beruhen. Alle diejenigen Staaten, die einem weitgehenden Verwaltungszentralismus huldigen, erliegen dem Totalitarismus, weil sie bereits der kollektiven Denkungsweise Vorschub geleistet hatten, und zwar auch dann, wenn eine muster-gültige demokratische Staatsverfassung das trügerische Bild einer verwirklichten Demokratie vorgaukelte.

Nur bei weitgehender Dezentralisation kann sich der Geist der Duldsamkeit auswirken gegenüber politischen, völkischen und sonstigen lokalen Minderheiten, entsprechend der Einstellung, den Nebenmenschen nach seiner Fassung seelig werden zu lassen, wie das zur liberalen Grundhaltung gehört.

Und nur von dieser liberalen Grundhaltung aus wird es möglich sein, dem europäischen Nationalismus seine politische Sprengstoffwirkung genau so zu entziehen. Der Nationalismus ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Krankheit von großer Gefahr der wechselseitigen Ansteckung und Steigerung bei den von ihr Befallenen. Heilen kann ihn nur seine Überwindung durch die Idee eines geeinigten Europas als Trägers und Wählers der Werte der christlich-abendländischen Gesamtkultur, zu deren wesentlichen Gütern die Menschenrechte gehören.

Die Aufgaben der Parteien

So ist es auch bei allen anderen Problemen die Pflicht und das Recht der politischen Parteien, gegenüber dem eigenen Volk und gegenüber den Besatzungsmächten diesen ein ungeschminktes Bild der tatsächlichen Volkmeinung zu vermitteln und die der Stabilisierung dienenden Maßnahmen vorzuschlagen. Es ist ihre Aufgabe, soweit das ihnen überlassen ist, selbst Ordnung zu schaffen im Rahmen der uns überlassenen verhältnismäßig weitgehenden Selbstverwaltung und dem ebenfalls vorhandenen, wenn auch noch sehr eingeengten Rahmen der Selbstregierung. Von den Fortschritten, die wir hier erzielen, hängt es ab, ob die Besatzungsmächte den Rahmen unserer Selbstverantwortung allmählich weiter ziehen.

Grundlagen der neu zu schaffenden Ordnung müssen die Verfassungen der einzelnen deutschen Länder sein, solange wir keine Bundesverfassung haben.

Und hier haben wir scharfe Kritik zu üben an der badischen CDU-Regierung, die vielfach Rechtsbestimmungen im Gegensatz zu der Verfassung, zum Teil unter Stützung auf Narzisse, insbesondere das herfichtige Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, erlassen hat.

Wenn die Handhabung der Rechtsetzung durch die Regierung Recht wäre, dann wäre unsere ganze badische Verfassung keinen Pfifferling wert und der badische Landtag würde sich vom nationalsozialistischen deutschen Reichstag nur noch dadurch unterscheiden, daß uns die Lust am Singen vergangen ist.

Gegen diese Art der Regierung aus einer autoritär-totalitären Geisteshaltung heraus sind wir Demokraten seit Bestehen des Landtages Sturm gelaufen. Diese totalitär-autoritäre Geisteshaltung der CDU-Regierung hat sich ausgewirkt in der ganzen Wirtschaftsgesetzgebung vor der Währungsreform, und auch heute noch muß man der Bürokratie jede einzelne Erleichterung auf diesem Gebiet aus den Zähnen reißen.

Man hat den Eindruck, daß die CDU-Regierung in Freiburg statt einer Politik der Förderung der Entwicklung zur freien Wirtschaft eine Politik der Erhaltung der vorhandenen Beamtenstellen und Aufspürung neuer Aufnahmefähigkeiten der Beamten zwecks Dokumentierung ihrer Existenzberechtigung betreibt.

So soll jetzt bei der Kohlenverteilungsstelle, deren Aufgaben sich zu vereinfachen drohen, in Freiburg eine wärmetechnische Beratungsstelle geschaffen werden und durch eine Abgabe pro Tonne Kohle seitens der Verbraucher finanziert werden.

Sofort nach der Währungsreform hat unsere Fraktion im Landtag einen Antrag eingereicht, daß mit sofortiger Wirkung für die Dauer von 3 Monaten eine Beförderungssperre und Einstellungs-sperre für freiwerdende Plätze von Beamten, Angestellten und Arbeitern in Staatsverwaltungen und Staatsbetrieben einsetzt solle. Dieser Antrag ist noch nicht einmal zur Verhandlung gekommen im Landtag (!). Dagegen läuft die staatliche Beförderungsmaschine auf Hochtouren in einer Zeit, in der ein großer Teil der Bevölkerung durch die Währungsreform vor dem Nichts steht. Woher die Steuern für diesen Beamtenapparat, dessen Spitze 8 Minister bilden, genommen werden sollen, das kümmert die Regierung und die hinter ihr stehende Partei der CDU anscheinend nicht.

Wir haben kein Interesse an der Schaffung eines Heeres von Ministerialbeamten, unmittelbar bevor die Frage des Zusammenschlusses mit Württemberg und damit eine Vereinfachung und Vereinfachung unserer Verwaltung aktuell wird.

Baden und Württemberg

Aus diesem Geiste der Duldsamkeit und Dezentralisation entspringt die Forderung, der höheren Menschengemeinschaft nur diejenigen Aufgaben zu übertragen, die von der untergeordneten Menschengemeinschaft nicht mehr gemeistert werden können, also den Schwerpunkt aller Verwaltung in die Gemeinde zu verlegen. Diese Grundeinstellung ist auch maßgebend gewesen für die Stellungnahme unserer Partei zur Zusammenschlußfrage mit Württemberg. Die Vorteile eines Zusammenschlusses mit Württemberg sind unverkennbar, sie liegen einmal auf dem Gebiet der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und sie liegen in den Möglichkeiten, die eben eine stärkere Wirtschaft bietet. Vor allem aber fordern allgemeine staatspolitische Erwägungen gebieterisch, den südwestdeutschen Staat zu schaffen als Vorbild und Bannstrahl der demokratischen Ueberlieferung im deutschen Bundesstaat zum Wohl der Bevölkerung des Südweststaates und im Interesse der staatspolitischen Entwicklung unseres ganzen deutschen Vaterlandes. Deswegen ist auch vom Zehnerausschuß in Karlsruhe unter Mitarbeit unserer Parteivorsitzenden Dr. Waeldin ein Staatsvertragsentwurf geschaffen worden, der diesen Forderungen Rechnung trägt.

Durch den Entwurf des Herrn Staatspräsidenten Wohleb sind diese badischen Forderungen in einer extrem partikularen Weise verschärft worden und haben dadurch den Widerstand Württembergs gegen eine staatsvertragliche Regelung herausgefordert und verschärft.

Nachdem vorher eine Einigung zwischen den politischen Parteien des Landtags nicht möglich war, ist nun auf unseren demokratischen Antrag hin in der vorletzten Sitzung eine Resolution des badischen Landtags einstimmig gefaßt worden, die sich auf den Standpunkt der Karlsruher Beschlüsse stellt, so daß zu hoffen ist, daß hier eine Einigung zustande kommt und damit auch eine Mehrheit für den Zusammenschluß mit Württemberg in Südbaden gesichert wird. Wir hoffen, daß infolge dieser Vereinigung auch ein heilsamer frischer Wind in die muffige Luft der Freiburger CDU-Bürokratie hineinfährt.

Wer die neue kollektivistische Bürokratisierung ablehnt, war der Herrschaft der Freiburger CDU-Bürokratie ein Ende bereiten will, wer nicht die Verstaatlichung der Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates erstrebt, der geht am 14. November zur Urne und gibt seine Stimme der Demokratischen Partei.

DER SPORTBERICHT

Fußball

Oberliga West: Spfr. Katernberg — SV Hamborn 0:1 1:3

Oberliga Süd: Bayern München — Stuttgarter Kickers 4:2

Die glückliche Siegtage des VfB Stuttgart war von allen Dingen der hervorragenden Ausweitung von Mittelstürmer Ledl zum Schreiben, der den Mühlburger Schützenkönig bedingt vollkommen löst, so daß der ganze Mühlburger Sturm nicht zur Entfaltung kam.

VfB Mannheim — Eintracht Frankfurt 1:0

Die schlagkräftige Verteidigung der Mannheimer nahm dem Clubsturm viel von seiner Gefährlichkeit. Trotz des allseitigen Bodens zogen beide Mannschaften ein wechselluftiges, spannendes Spiel. Nach einer ausgeglichenen ersten Viertelstunde verwehrt Ruhe einen Flankenball von Lippner

Im einzigen Spiel der westdeutschen Oberliga verloren die Sportfreunde Katernberg ihr erstes Spiel nach dem Kräfte auf eigenem Platz. Hamborn dagegen setzte sich durch seinen schwer er kämpften Sieg an die zweite Stelle der Tabelle, deren Spitze folgendes Aussehen hat:

Oberliga Nord: SV Hamburg — VfL Osnabrück 1:2

In der norddeutschen Oberliga verlor der HSV in 14 Tagen seine zweites Spiel auf eigenem Platz und ist dadurch föhler gerückt. An der Tabellen-spitze stehen jetzt:

Zweite Liga (Gruppe Süd): Fortuna Freiburg — Rastatt 3:1

Im Freiburger Miese-Stadion lieferten die Fortunen ihr bestes Spiel seit Jahren. Ihr Sturm lief auf Hochtouren, demgegenüber hatten die Rastat-

ter nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, als in der 15. Minute das Führungstol. Willingus zeigte glatt über den VfL Freiburg und der Sieg hätte leicht höher ausfallen können. In Friedrichshafen hat die Elf aus der Ortenau erst nach der 38. Führung der Platzhirsche zu den Gegnern, ohne jedoch den Sieg der SG irgendwie zu gefährden.

Landesliga Süd-Baden: Blau-Weiß Freiburg — Ottenau 1:0

Ke hat den Anschein, als erfüllen wir bald, sehr bald den Meister und die Absteigenden in der süd-badischen Landesliga. Bisher als erwartet kannten die Lahrer ihren alten Wismariter nieder und sehen weiterhin mit beruhigendem Zweipunkt-Vorsprung auf dem Verfänger Rheinfelden zurück, dessen junge Elf schwerer, als das Ergebnis es vermuten läßt, zu zwei weiteren Punkten kam und die Verfolgung noch nicht aufzugeben braucht.

Kuppenheim und Schopfheim, die beiden großen Überraschungen dieser Saison, hatten zwar Gegner vor sich, die eine Klasse schlechter spielten, werden aber auch in Zukunft unter den Besten zu finden sein. Außergewöhnliches vom Sonntag ist nicht zu berichten, höchstens fallen uns die zahlreichen Tore der Heimmannschaften auf. Tä, wenn man halt vom Mittag bis bei Mutter sofort zum Spielfeld gehen kann...

Table with 5 columns: Team, P, S, Z, T. Rows include Rhenfelden, Kuppenheim, Schopfheim, Ottenau, Baden-Baden, St. Georgen, Emmendingen, Stockach, Blau-Weiß Frsg., Gutach, Engen.

Landesliga Nord-Baden: Ruhrbach — Sandhofen 1:1

Nach dem neunten Spieltag führt der FC Pforzheim mit 16 Punkten aus 8 Spielen vor Durich mit 13 Punkten aus 8 Spielen. An dritter Stelle liegt Neckarau mit 10 Punkten aus 7 Spielen.

Handball: Zonenliga (Staffel Baden): Fortuna Freiburg — Schutterwald 1:1

Table with 5 columns: Team, P, S, Z, T. Rows include Schutterwald, Fortuna Freiburg, Zähringen, Lärach, Haggingen, Ottenburg, VfL Freiburg, Lahr, Teisingen, Brombach.

# Wolte Hitler New York bombardieren?

400 Spezialbomber sollen bereitgestellt haben

Ein italienischer Fliegeroffizier hat kürzlich in der italienischen Presse sensationelle Enthüllungen über das angebliche Bestehen einer gewissen Sonderformation gemacht, die im Januar 1934 die Stadt New York in Brand und Asche legen sollte. Der Oberleutnant, der in der Presse nur mit den Buchstaben M. D. G. bezeichnet wird, will die deutsche Sonderformation und ihre Spezialbomber selbst gesehen haben. Er berichtet darüber folgendes:

Im September 1944 erhielt er den Befehl, nach Deutschland zu fliegen, um eine Spezialladung nach Italien zu bringen. Mit seiner „Sevosa 82“ hatte er auf einem Flugplatz im Westen Berlins zu landen. Er wurde dort sehr gut aufgenommen und gebeten, sich in einer Unterkunft solange häuslich einzurichten, bis die Gegenstände, die er nach Italien fliegen sollte, da sein würden. Als es ihm, trotz ausgezeichnetster Verpflegung und einer hübschen Unterkunft nach zwei Tagen langweilig wurde machte er einen Gang über den Flugplatz, um nach seiner Maschine zu sehen. Sie war aber inzwischen von der Stelle, an der er gelandet war, weggebracht und an einen anderen Platz gerollt worden. Bei seinem Herumschlendern, das ihm übrigens ausdrücklich verboten war, stieß der italienische Offizier nach seinen Angaben auf eine große Anzahl viermotoriger Bombertypen. Achtzig Stück will er gezählt haben. Der Typ war ihm vollkommen unbekannt. Er kam in ein Gespräch mit den Piloten, die sich an den hervorragend gegen Luftwiderstand getarnten Maschinen zu schaffen machten und erfuhr, daß sie schon seit Monaten hier lagen und auf den Einsatzbereich warteten. Es seien hier 400 Bomber mit ausgebildeten Mannschaften zusammengezogen.

Der italienische Offizier will nun weiter erfahren haben, daß die 400 Bomber zur Vernichtung New Yorks bestimmt gewesen seien. Unter dem Rumpf der Maschinen sei eine Haltevorrichtung für Flugbomben zu erkennen gewesen, die nach Abwurf mit Hilfe von Radio-Geräten auf ihr Ziel hätten gelenkt werden können. Die Piloten, die großes Vertrauen zu ihm gehabt hätten, da er auch das Eisenerz Kreuz erster Klasse als

Auszeichnung gehabt habe, hätten ihm versichert, daß Manöver über der Nordsee und dem Atlantik gezeigt hätten, daß die Bomber ihr Ziel unfehlbar erreichen würden. Verschiedene Konvoys der Alliierten seien bei „Proben“ auf den Meeresgrund geschickt worden.

Jeder Bomber hätte beim Angriff auf New York fünf Bomben zu je 100 kg mit sich

führen sollen. Die Marschgeschwindigkeit des Geschwaders sei auf 500 Stundenkilometer festgesetzt gewesen, die Spitzengeschwindigkeit der Bomber habe dagegen 700 Stundenkilometer betragen. In 7000-8000 Metern Höhe hätten der Atlantik von einem Flugplatz in Holland aus überflogen werden sollen. Der Schlag gegen New York hätte im Januar 1945 geübt werden sollen. Die Maschinen seien „Heinkel 177“-Spezialbomber gewesen. — Nach weiteren Angaben der italienischen Presse soll eine ganze Anzahl dieser Flugbomben den Russen in die Hände gefallen sein.

# Die Republik des Unsinn

250 Scherzbolde machen Politik — Der merkwürdigste „Staat“ der Welt

Der medizinische Lehrsatz, daß Gift durch Gegengift bekämpft werden müsse, ist nicht neu. 250 einflussreiche und wohlhabende Bürger von Uruguay haben ihn in abgewandelter Form auf die Politik übertragen. Sie sind der Meinung, es würde in der Welt diplomatie soviel Unsinn geschehen, daß man ihn am besten mit Unsinn bekämpfe.

Vor 60 Jahren haben sich also einige Scherzbolde, die aber völlig ernst genommen werden wollten, zusammengesetzt, um in der Nähe von Montevideo eine kleine „Republik“ zu gründen, die nach besonderen Gesetzen regiert werden sollte. Wie in einem wirklichen Staatsgebilde wurden in „Parva“, wie das Illusionsland genannt worden ist, die Posten eines Ministerpräsidenten und verschiedener Minister verteilt. Die „Residenz“ bestand ursprünglich aus einer kleinen Holzblüte am Rio de la Plata, im Laufe der Jahrzehnte jedoch, als sich immer mehr angesehene Männer von Rang und Namen zu dem seltsamen Staat bekannten, siedelte man in ein komfortables Schloß über, das inmitten eines großen Parks vor den Toren von Montevideo in strahlendem Gelb zwischen hohen Palmen hervorleuchtet.

Heute zählen die „Parvaner“ 250 Angehörige, die nicht selten in einflussreichen Stellungen als hohe Beamte, Militärs, Finanzleute u. Industrielle tätig sind und die Marotte der lustigen Weltverbesserer zwar auf die ausgefallenste Weise, aber trotzdem mit großer Ernsthaftigkeit pflegen. Wer das

Gebiet von „Parva“ betritt, muß sich verpflichten, weder über Politik noch Geschäft oder Religion zu sprechen. In der Verfassung von „Parva“ ist nämlich die Ansicht verankert, daß diese drei Gebiete das Grundübel allen Zank im kleinen und aller Kriege im großen seien. Alle Ständesunterschiede sind aufgehoben, und es kann gut sein, daß der Gärtner, der eben den Park sprengt, der „Außenminister“ ist, während der wirkliche Gärtner in diesem Augenblick einen berühmten Gast empfängt.

Mit den Gästen und selbst den berühmtesten wird in „Parva“ überhaupt nicht viel Federlesens gemacht. Das gehört zu der Therapie, Unsinn auszurotten. Als vor einiger Zeit einmal ein in Montevideo akkreditierter ausländischer Gesandter „Parva“ einen offiziellen Besuch abstattete, war er fast erstaunt, daß ihn alle Einwohner in überreich betäubten Uniformen begrüßten, an denen tellergroße Orden klapperten. Jeder „Parvaner“ trug außerdem ein goldgerändertes Einlas im Auge und an der Seite einen gewöhnlichen Spazierstock als Diplomatendegen. Bing Crosby stand auch einmal in „Parva“ im Mittelpunkt eines „Staatsbanketts“, daß heißt: er stand es nicht. Kein Mensch nahm von dem gefeierten Filmsänger mehr Notiz als von einem anderen Sterblichen, dafür wurden dem gleichfalls eingeladenen Double von Bing Crosby große Huldigungen dargebracht. So lassen sich die „Parvaner“ keine Gelegenheit entgehen, Auswüchse und Mißstände des öffentlichen Lebens und besonders der Politik auf humorvolle und drastische Art zu karikieren, was ihnen mit Recht den Ruf eingetragen hat, die absurdeste Republik der Welt zu sein.

# In 15 Jahren mit Einmannraketen zum Mond

Die Eroberung des Himmels

Die Entwicklung der modernen Flugzeug-Industrie ermöglicht es, mit immer höheren Geschwindigkeiten die Flugstrecken immer weiter auszuweiten. Noch vor einem knappen halben Jahrhundert stellte ein Flug über den Kanal eine Weissenisation dar. Heute ist ein fahrplanmäßiger Luftdienst eröffnet, auf dem Maschinen innerhalb 8 Tagen bequem um die ganze Erde fliegen. Dabei nahm auch der Sicherheits-Koeffizient zu: 1946 verunglückten auf 160 Millionen Flugkilometern 3,5 Personen, 1947 waren es nur noch 1,1 Personen, trotzdem die Zahl der zirkulierenden Flugzeuge dabei von 81 000 auf 95 000 gestiegen ist.

Fernraketen mit 27 000 km Stunden-geschwindigkeit?

Als bedeutendstes Projekt für den zivilen Welt-Luftverkehr gilt der ausgedehnte Bau von 45 „Stratosphären-Kreuzern“ der Boeing-Werke in Seattle (USA). Diese Maschinen können ohne Zwischenlandung 21 Stunden in der Luft bleiben und bis zu 114 Passagiere aufnehmen, denen bequem, in Ruhesessel ausziehbare Sessel zur Verfügung stehen. In ihrer Konstruktion weisen diese Flugzeuge ein Doppeldeck auf, wobei im oberen Deck die Passagiere untergebracht sind und im unteren Frachtgut verlastet wird. Ein Probeflug von New York nach Stockholm nahm 12 1/2 Stunden in Anspruch.

Auf der Jagd nach immer größeren Geschwindigkeiten wurden vor allem auch die Raketen-Flugzeuge weiterentwickelt. Schon im Frühjahr dieses Jahres erreichten die Amerikaner mit neuen Raketen-Maschinen Geschwindigkeiten bis zu 1300 und 1450 km, die von einem Raketen-Versuchsflugzeug der US-Marine sogar mit 1600 km überboten worden sein sollen. Darüber hinaus liegen Pläne zum Bau von Fernraketen vor, die bei einer Stundengeschwindigkeit von 27 000 km jeden Ort der Welt buchstäblich in Blitzeile erreichen sollen. Auf Grund der ersten mit Erfolg durchgeführten Experimente hält es der frühere Präsident der Britischen Interplanetarischen Gesellschaft, Prof. Low, durchaus für möglich, in spätestens 15 Jahren Einmann-Raketen zum Mond zu entsenden.

Pilotenlose Flugzeuge über dem Atlantik

Auch die Steiggeschwindigkeit konnte bei den neuesten Typen beträchtlich gesteigert werden. Ein neuer Jagertyp der US-Luftwaffe erreicht z. B. innerhalb 2-3 Minuten eine Flughöhe von 15 000 Metern, wozu selbst ein „normaler“ Düsenjäger immerhin noch an die 12-13 Minuten braucht. Und so überstürzt eine neue Erfindung die andere: Ein von dem Amerikaner Georg Miles konstruierter Typ, der sich besonders für Flugzeugträger eignet, soll noch das Kunststück fertigbringen, durch Umschaltung zu rückwärts fliegen zu können und in der Luft „stehen“ zu bleiben.

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung stellen aber zweifellos die neuesten Experimente mit pilotenlosen Flugzeugen dar. Bei einem englischen Versuch wurden in einer Höhe von 11 000 Metern 80 Raketen mit einer Fluggeschwindigkeit von 645 km pro Stunde von Flugzeugen aus gestartet. Düsenflugzeuge, die mit Filmapparaten und Meßinstrumenten ausgerüstet waren, verfolgten die Raketen, wobei noch Radio- und Radar-Stationen ihr Verhalten in allen Details aufnahmen und registrierten. Australien führte erfolgreiche Versuche mit auf elektronischem Wege ferngesteuerten Flugzeugen durch. Im September 1947 flog bekanntlich eine Transportmaschine vom Typ „D 45 Skymaster“ ferngesteuert von Neufundland bis nach Oxford, ohne daß die für alle Fälle beigegebene Besatzung auch nur einen Finger zu rühren brauchte — selbst Start und Landung erfolgten ohne menschliche Hilfe.

prd.

# Eine, die ihr Glück gemacht hat

Eine New Yorker Kartenlegerin hatte Trumans Sieg vorausgesagt — Hunderte von Wettbüros haben alles verloren

Einige hundert Menschen haben durch die USA-Präsidentenwahlen ihre Existenz verloren, in erster Linie die Wettbüros, welche Wetten bis auf 60 gegen 1 zugunsten Deweys in die Höhe getrieben hatten. Ueber Nacht haben sie ihr Geld eingebüßt.

Ein Mensch jedoch hat sein Glück gemacht: Eine Kartenlegerin in New York, die allen anderslautenden Prognosen zum Trotz den Sieg Trumans vorausgesagt hatte. Ihre „Praxis“ ist seit ein paar Tagen von einer Menschenmenge belagert, die alle ihre Zukunft erfahren wollen. Und die Abergläubischen schwören jetzt auf sie.

Verträge mit Gallup gekündigt

Am schwersten betroffen ist das Gallup-Institut, das eine ganze Industrie repräsentiert. Denn die Institute zur Erforschung der öffentlichen Meinung stellen heute in der amerikanischen Wirtschaft einen nicht unbeträchtlichen Faktor dar. Man weiß, daß verschiedene USA-Mammot-Unternehmen jährlich Millionen Dollar an Gallup oder andere ähnlichen Institute zahlen, um sich hinsichtlich ihrer Produkte, besonders bei neuen Artfäden und geplanten Aenderungen der

Fabrikation, „absolute Gewißheit“ über den Publikums-geschmack zu verschaffen. Sie haben bei den Präsidentenwahlen viel von ihrem Ansehen eingebüßt. Einige große Firmen sollen ihre Verträge mit Gallup bereits gekündigt haben. Einige Zeitungen erklären, Gallup habe sich nicht als ein Institut erwiesen, das die Gedanken der Öffentlichkeit ergründe, sondern vielmehr bestände die Tätigkeit dieser Riesenorganisation darin, die breite Masse nach den Wünschen zahlungskräftiger Geldgeber zu beeinflussen.

Enttäuschung in Nanking

Nach Meldungen der USA-Presse hat die Wiederwahl Trumans auf die Nanking-Regierung einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Es heißt, daß Tschiangkai-schek die weitere Auflösung seines Regimes nur mit dem Hinweis habe aufhalten können, daß der Einzug Deweys ins Weiße Haus massive Hilfe aus Amerika bedeute. Diese Hoffnungen sind größtenteils verfliegen, denn man glaubt, daß Truman eher die chinesische Position aufgeben, um sich dafür auf Japan zu stützen, als den Ausbruch eines offenen Konfliktes in Ostasien riskieren werde.

Einmalige Geburtsanzeige

„Mädchen aus künstlicher Befruchtung“

In Frankreich wurde eine Geburtsanzeige verschickt, die bisher in der Weltgeschichte einmalig ist. Sie lautete: „Fräulein X. beehrt sich, Ihnen die Geburt einer Tochter mitzuteilen.“ In Klammern fügte die glückliche Mutter hinzu: „Künstliche Befruchtung“. Diese Befruchtung ersetzte den Namen des Vaters, der sonst bei ehelichen Geburten in der Anzeige genannt zu werden pflegt. Die Mutter des „künstlichen“ Kindes ist Lehrerin in einem Internat der französischen Provinz.

Die französische Presse findet, daß mit dieser ungewöhnlichen Anzeige ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Moral beginnt. Dieser Fall der unehelichen Mutterschaft durch künstliche Befruchtung könne auch von puritanischen Bürgern unmöglich als Verfehlung beurteilt werden. Es sei bekannt, daß sich Ehepaare, die sich unbedingt ein Kind wünschten, gelegentlich der künstlichen Befruchtung bedient hätten. Aber dann habe man stets Stillschweigen bewahrt. Von besonderem Interesse werde die Reaktion sein, die man von der katholischen Kirche erwarten müsse.

# „Der Richter von Zalamea“

Calderon de la Barca Schauspiel vom „Richter von Zalamea“, dieses nur aus der Welt des spanischen Barocks heraus zu begriffende, handfest gemachte Stück des Dichters, der Soldat, Theatermann und Geisteslichter in einem war, ist immer sehr gern gespielt worden, trotz der für uns heutige innewohnenden Problematik. Denn die Motive, welche die nicht allzu komplizierte, im Gegenteil sogar recht schematische Handlung tragen, sind in der früheren Weise für uns nicht mehr gültig, wie sie es einst waren und in denen es um die verletzte und später (durch Klostertritt) wiederhergestellte Ehre eines Mädchens geht; das doppelt gebrochene und gestohlene Recht und Unrecht, das unter den Aspekten eines höheren Richters damit verbrannt gilt, mutet uns in der Zeit, da die Maße von Ehre, Recht solchermaßen auf eine ganz andere, uns viel vernünftiger und auch gesünder erscheinende Ebene verschoben sind, bei aller lieblicheren Sichtbarmachung der bleibenden, ewigen Werte des Lebens miteinander durchaus verträglich, phrasenhaft und leer an. Wir empfinden im Grunde alles nur noch als Theater, das zum Teil sehr dankbare Rollen für die Schauspieler liefert.

Als in den Kammererpielen das Spiel unter Trommelgebumm, das ein wenig peiniglich an die Aufzüge der Jugend unserer vergangenen Epoche erinnert, seinen Anfang genommen hätte, glaubte man sich zunächst in die Auf-führung einer besseren Laienspielschar versetzt. Die Tatsache, daß die wenigsten Schau-

spieler überhaupt noch Verse zu sprechen vermögen, ward sogleich überdeutlich, und erst als der reiche Bauer Crespo in der Gestalt Franz Everths ins reichlich künstlich wirkende Treiben der nach Zalamea gelegten Einquartierung eintrifft, kann Echtheit und Leben ins Ganze. Mit Everth, dem Intendanten, der ja auch im vergangenen Jahre in Romain Rollands „Spiel von Tod und Liebe“ eine unvergessene Figur verkörperte, stand ein Mann auf der Bühne, der aus einer schönen, breit-gelassenen Sicherheit heraus, aus der Fülle des Menschlichen, hinter denen sich leidenschaftlich getriebenes komödiantisches Wesen verbirgen, die Szene beherrschte und alle Fäden sichtbar und unsichtbar lenkte. Da gab es dann große Augenblicke, Höhepunkte wie etwa jener, da Crespo, durch die Schändung der Tochter in der Ehre der Familie verletzt, diese Ehre für sich und sein Kind von dem Hauptmann zurückbittet und, als jener, der leichtfertige Täter, diese Genugtuung verweigert, als Ortsrichter die Sühne selbst in die Wege leitet. Hier ging auch das Publikum am stärksten mit, während es sonst der Leistung Everths den aufrichtigsten Beifall zollend, nicht ohne erhebliche Skepsis der Aufführung gegenüber blieb. So lockten etwa gegen Ende das ans Groteske grenzende, jeglicher Würde bare Auftreten des Königs im hohen spanischen Hut und der ins Operettenhafte hinübergespielte Schluß nicht mehr den für die immerhin redlichen Bemühungen der Regie und der Darsteller erforderlichen Ernst, wohl aber Heiterkeit hervor.

Im Rahmen der gelungenen, das spanische Kolorit unaufdringlich treffenden Bühnen-bilder Friedhelm Strengers, im malerischen Reiz der von Else Gebler und Cosmas Schiela überlegt entworfenen Kostüme, in der um Kleinigkeiten des einzelnen Auftritts großzügig sich nicht kümmernden Regie Willy Gröbs (aber es kommt bei einem solchen Stück eben oft gerade auf die Kleinigkeiten an, damit das problematische Ganze von da aus Wirkung gewinnt) bewährten sich neben Everth der als menschliches Raubbein sicher gezeichnete Don Lope Philipp Orlemanns und die erst ein wenig kühle, dann später sehr wahrhaftige Töne von Schmerz und Klage findende Isabell Ursula Volkmar, Wolfgang Stumpf, der Hauptmann, der gleichsam durch seine schände Tat doch im Angelpunkt des Stückes steht, blieb völlig im Üblichen, wie denn auch der Sohn Crespos, Juan, den Hans Kirchner gab, und der draufgängerische Rebollo Hermann Fries; bei dem am meisten der Mangel, im Geist der Verse zu sprechen, auf-fiel, neben den in kleineren Rollen tätigen Karl Vetter, Lothar Bühling allem keine anderen und neuen Lichter aufzusetzen vermochten. Henny Schneider-Wenzel als Marketerinderin rettete durch ihre Lebendigkeit manche nicht ausgefüllte Situation, welche die Regie nicht von innen her zu meistern imstande war. Man muß dies sagen, um nicht etwa den Eindruck zu erwecken, als sei mit dieser dritten Neuaufsenierung der Winterspielzeit in Freiburg bereits Wesentliches, das mit Claudels „Seidenen Schuh“

hoffnungsvoll begann und sich mit Priestleys „Ein Inspektor kommt“ halb erfolgreich fortsetzte, geleistet worden. Das ist nicht der Fall, wenn man auch berücksichtigt muß, daß man durch das ziemlich schnell notwen-dige Einstudieren eines neuen, mäßigen Textes (da die ursprünglich vorgesehene, Calderon jedoch ziemlich verfallende Bearbeitung von Scholz kaum tragbar erschien) dem Ganzen zweifellos Abbruch geschah.

Dr. E. M.

# Bühnenjubiläum von Theo Martin

In diesen Tagen kann Theo Martin von den Stadt Bühnen Freiburg i. Br. das Jubiläum seiner 30jährigen Zugehörigkeit zum deutschen Theater begehen. Der Weg des Jubilars begann am Landestheater Rudoistadt in Thüringen und am Kurtheater Wernigerode im Harz und führte, nach Zwischenstationen in Nürnberg, Heilbrunn und Wildbad (Schwarzwald), im Jahre 1923 nach Freiburg i. Br.

Seit 25 Jahren gehört Theo Martin nun dem Schauspielensemble der Stadt Bühnen Freiburg an. Aus der großen Zahl seiner in dreißig Jahren gespielten Rollen ragen der Domingo in Schillers „Don Carlos“, der Wurm in „Kasale und Liebe“, der Vansen in „Egmont“, Spiegelberg in den „Räubern“ und der Derwisch in Lessings „Nathan“ besonders hervor. In der für Samstag, den 12. November, im Kammerapellhaus bevorstehenden Premiere von Shaws „Arzt am Scheideweg“ spielt Theo Martin die Rolle des Armenarztes Dr. Blenkinsop.

# DER HEIMATSPIEGEL

## Der Nichtwähler — ein Held?

Helden sind heute selten geworden, meinen Sie? Irrtum, großer Irrtum. Betrachten Sie sich doch einmal die Divisionen der Nichtwähler! Lauter Helden, die auf ihren Logbeeren ausruben! Nur, daß sie nicht mit einem entsprechenden Orden dekoriert sind. Der Nichtwählerorden, der ihnen an der stolzen Nichtwählerheldenbrust baumeln sollte, kommt vielleicht noch. Na, dann hat es auch der Nichtwähler geschafft, obwohl er keinen Finger dabei krumm gemacht hat. Ehre, wem Ehre gebührt!

Schade, daß die Organisation der Nichtwähler, die noch undekorierten Helden, sich so in die Ecke quetschen, ihr politisches Scheinwerferlicht so sehr unter den Scheffel stellen, statt es hell leuchten zu lassen. Aber sie blenden ihren Scheinwerfer und ihre Weisheit ab, lassen unsere Wähler allein murksen, wo wir doch gerne von diesen schweigsamen Helden noch etwas lernen möchten. Nicht wahr, der Nichtwähler weiß doch alles besser, viel besser sogar. Trotzdem verbarht er in seinem Schmollwinkel. Vielleicht hätten wir den Kartenn doch schon längst aus dem Dreck gezogen und wären wieder flott, wenn sie die Bessermänner, sich gemeinsam mit uns davon gespannt hätten. Sie aber häuteten mit dem Sachsenkönig: Macht euren Dreck alleine! Darin wären auch wir Helden gewesen, so aber sind's die Nichtwähler geblieben, die nicht gerne auf diesen Titel verzichten. Wo es keine Helden mehr gibt, macht man sich selbst dazu. Sind's aber nicht Maulhelden? Man muß sie nur einmal hören, um zu erfahren, wie sie geradezu tiefen vor politischer Reife und Weisheit vom Könnertum ganz zu schweigen. Und wir, die wir mit dem Stimmzettel in der Hand unsere Pflicht tun und klampfen? Wir fühlen uns geradezu als arme Würstchen, die sich oh ihrer Kleinheit geradezu schämen müssen. Wählen, ungelesen, kommt für sie auf keinen Fall in Frage, das Maulen ist doch sooo schön! Und Held sein darin, erst recht. Wählen mögen die Dummen, meinen sie. Na, wenn es die nicht wissen, wer soll es sonst wissen, wie es gemacht wird. Nur Helden haben Erfahrung! Sollte ich Dich, lieber Nichtwähler, aber doch an der Wahlurne treffen, dann nehme ich reumütig alles zurück und behaupte, daß du kein trauriger Nichtwähler bist, sondern ein Kerl, ein ganzer Kerl, der doch noch rechtzeitig begriffen hat, daß es um die Würstchen geht.

Geh heraus aus der Reserve,  
Nimm mal an ein bißchen Verve!  
March zur Urne, frank und frei!  
wähl' die „Demokratische Partei“!

-okl-

## Verkehrprobleme in Freiburg

Die Stadt ist kein toter Organismus, sondern ein Lebewesen, das in seiner Entwicklung eigenen Gesetzen folgt. Wie sich diese Entwicklung vollziehen wird, ist ungewiß. Man darf dabei nicht vergessen, daß selbst auf statistischen Grundlagen aufgetragene Hypothesen eine fehlerhafte Schlussfolgerung haben können, denn die Auswertung dieser statistischen Grundlagen kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus erfolgen.

Das Leben der Stadt als Stätte des Wohnens, der Arbeit und des Handels tritt im fließenden Verkehr seiner Straßen in Erscheinung. Als Fußgänger und Pferdefuhrwerke allein die Straßen der Städte beherrschen, brauchten diese ein engmaschiges Straßennetz. Die Schnellverkehrsmittel (Schnellbahnen und Autos) dagegen brauchen eine freie Fahrbahn, welche nicht durch quereinmündende Straßenzüge unterbrochen werden soll. Diese Fahrbahnen wirken als trennende Elemente im Stadtkörper und stören das Geschäftsleben. Aus dieser Erkenntnis heraus wird der durchgehende Schnellverkehr tangential zum Stadtkern geführt.

Größere Schwierigkeiten bringt aber der Verkehr von und zu dem Stadtzentrum, besonders beim Wiederaufbau der alten Städte mit ihrem engmaschigen und oft verwinkelten Straßennetz. Der Versuch, durch Verbreiterung einer Straße die Verkehrsschwierigkeiten zu überwinden, kann praktisch keinen großen Erfolg haben, wenn der aus den Seitenstraßen zuströmende Verkehr nicht aufgefangen oder zuvor geregelt wird und wenn der zuzuführende Verkehr keinen rechten Abfluß hat. Damit kommen wir zu dem Problem Freiburgs.

Die Meinungen des Wiederaufbaubüros, des Tiefbauamtes und der Bürger gehen stark auseinander. Zuerst die Kaiserstraße, bleibt man in der Hauptverkehrszeit am Bertholdsbrunnen stehen und studiert den Verkehr, so wird einem klar, daß hier eine Regelung des Verkehrs allein durch die Verbreiterung der Straße nicht erreicht wird, solange das Verkehrshindernis „Martinstor“ bestehen bleibt. Man müßte einen Teil des Verkehrs ableiten. Die Straßenbahn, als das Massenverkehrsmittel des eigentlichen Fußgängers, der Verbindung von Zähringen und Günterstal mit dem Zentrum der Stadt dienend, müßte erhalten bleiben. Abzulenken wäre also der motorisierte Schnellverkehr, oder aber — und darüber empört sich jedes Alt-Freiburger Herz — man müßte das Verkehrshindernis „Martinstor“ niederreißen.

Es wäre irrsinnig, die Kaiserstraße mit den großen Opfern, die es erfordert, mit oder

### Höhepunkt des Freiburger Wahlkampfes:

## Prof. Dr. Theodor Heuß ergriff das Wort

Ueber: „Demokratie im Kampf um die Freiheit“ — Harte Kritik an der CDU-Haltung in der Länderfrage

Freiburg. An allen Litzfaßsäulen, in allen Straßenbahnen war es in der letzten Woche zu lesen: „Prof. Dr. Theodor Heuß, der bedeutende Publizist und prominente demokratische Politiker, kommt am Samstag nach Freiburg, um im Rahmen des Wahlkampfes das Wort zu ergreifen!“ Der Name des Redners, dessen geistige Führerschaft im Parlamentarischen Rat in Bonn bekanntlich allgemein Zustimmung findet, bewirkte, daß der Harmonie-Saal bis zum letzten Platz besetzt war. Bei aller demokratischen Fairneß und Loyalität, die die Worte des Vortragenden kennzeichneten, sparte er nicht mit harter Kritik an der CDU-Haltung in der Frage des Länderzusammenschlusses. So war es — man merkte es der gespannt lauschenden Zuhörerschaft an — für alle ein geistiges Vergnügen, den auf hohem Niveau gehaltenen prägnanten Formulierungen zu folgen, die eine reife menschliche und politische Erfahrung offenbaren. Dafür sprach auch der mehrfach innerhalb der Ausführungen und mit besonderer Herzlichkeit am Ende der Rede gespendete Beifall, zu dem außer den demokratischen Parteifreunden zahlreiche andere Parteiangehörige beitrugen.

### Uneinige CDU in Bonn

Nach Eröffnung der Versammlung durch Landtagsabgeordneten Menges betonte Prof. Heuß zu Beginn seiner Ausführungen, daß die bevorstehende Wahl nicht nur über das Schicksal der Rathhäuser entscheide, sondern daß sich in ihr auch die Probleme der großen Politik ausdrückten. Sodann befaßte sich der Redner mit dem zu begründenden „Weststaat“, dessen Werden von dem durch die Zonen bedingten Auseinanderklaffen der deutschen Dinge erschwert wurde. Prof. Heuß gab ein anschauliches Bild der von Parlamentarischen Rat in Bonn als Vorbereitung für den Weststaat geleisteten Arbeit und kritisierte vor allem die Uneinigkeit der CDU-Abgeordneten, zumal in der Finanzfrage, bei der Finanzminister Dr. Köhler grundsätzlich anderer Meinung sei als seine Kollegen. Bestiglicht der dringend notwendigen Bereinigung der deutschen Ländergrenzen, vor allem im südwestdeutschen Raum, warte der Redner den südbadischen Staatspräsidenten eine sächliche Schuld gegenüber der gesamtdeutschen Chance vor, da Staatspräsidenten Wohle durch seine Bonner Entscheidung die Arbeit der Ministerpräsidenten zerschlagen habe. Die Länderbereinigung sei dabei — nüchtern betrachtet — nichts weiter als eine Verwaltungsvereinfachung; es bedeute Wahnsinn, daß in allen Landesteilen heute Vollregierungen säßen, die sich drei-

mal mit allen Fragen beschäftigen müßten. Dieser Leerlauf sei nicht nur zu beanstanden wegen der Ministergehälter, sondern vor allem wegen des zum Ausdruck kommenden „Pseudopatriotismus“, der sich an die Enge klammere.

### Südbadens Staatspräsident im Unrecht

Prof. Heuß wehrte sich entschieden gegen das Argument, zwischen Baden und Württemberg bestünde eine Trennung, da beide Territorien durch das scheidende Gebirge auseinanderfielen. In den 60er Jahren sei bei uns der auch von Herrn Wohleb in seiner Denkschrift erwähnte Begriff vom „Musterlande“ entstanden. Baden wäre aber gerade durch seinen Kampf gegen die geistigen Vorfahren der heutigen Leute zu einem Musterlande geworden, nämlich durch den Beamten-Liberalismus. Der Vortragende unterstrich sodann die auch bevölkerungsmäßig innige Verbindung zwischen den beiden Ländern. Württemberg sei bei der Grenzvereinbarung der gebende Teil, da es unzertörte Industriestädte mitbringe, während Baden nur in Weinhelm eine solche besitze. In Nordbaden habe man dies auch vollauf begriffen. Der Redner brachte sodann zum Ausdruck, daß der Kirchenstandpunkt in der Länderfrage nicht missprechen dürfe, die Kirchen sollten sich nicht auf Parteien stützen, die Parteien jedoch auch nicht auf Kirchen. Es handele sich lediglich darum, ob im kommenden Deutschland ein einigermaßen lebensfähiges Gebilde entstehen könnte.

### Schluß mit dem Gegensatz Habsburg-Bourbon

Indem sich der Redner mit der Frage unseres Verhältnisses zur Besatzungsmacht auseinandersetzte, bezeichnete er es als lebenswichtig, daß an Stelle des großen Befehlshabers das „Geispräch“ trete. Der deutsch-französische Gegensatz sei vor allem durch die Verhältnis Habsburg-Bourbon entstanden, während doch Ranke gerade die germanisch-romanische Einheit als fruchtbare Synthese der abendländischen Entfaltung bezeichnete. Wir dürften in unseren Entscheidungen nicht die Gefesselten der Vergangenheit sein und müßten den Mut zur Freiheit besitzen. Wir müßten den Weg des freien, wagnenden Menschen zu sich selber beschreiten, wissend, daß unser wirtschaftliches und geistiges Vorankommen zugleich auch den Fortschritt der anderen mit sich bringe. Nur der Glaube an den freien Menschen gebe uns die Kraft, die wir benötigen, um über diese Zeit hinwegzukommen.

### Unangebrachte Toleranz und Sentimentalität

Nach der Ansprache von Prof. Heuß meldete sich Dr. Friedensburg als Sprecher der CDU zu Wort und machte geltend, daß die von Redner erwähnte Spaltung innerhalb der CDU-Abgeordneten in Bonn bezüglich der Finanzfrage einen Vorteil (?) bedeute. Die CDU sei stolz, daß sie nicht unbeweglich einer Doktrin verhaftet sei, sondern innerhalb ihrer Partei „Toleranz“ walten lasse. Prof. Heuß erwiderte, daß man sich gegen diese Toleranz wenden müsse, wenn dabei — wie das Bonner Beispiel bewiese — der Staat nicht vorankomme. Es ginge nicht an, durch partikuläre Sentimentalität den Weg in die politische Verantwortung zu erschweren und sich der rationalen Einsicht, was um Deutschlands willen zu tun sei, zu verschließen.

Zum Abschluß der Versammlung sprach Landtagsabgeordneter Menges — die Gefühle aller Anwesenden zum Ausdruck bringend — Theodor Heuß für seine klaren und wertvollen Darlegungen seinen Dank aus und rief die Versammlung dazu auf, am 14. November der Demokratischen Partei ihre Stimme zu geben.

## Was bietet Freiburg?

Dienstag, den 9. November:  
Städt. Bühnen, Casino, Schindlerkonzert (Bruckner V. Sinfonie), Kammermusik: „Des Teufels General“.  
Mittwoch, den 10. November:  
Marta-Bill-Saal, Klavierkonzert Gerd Gutschalk.  
Täglich:  
Lichtspiele, Casino: „Schicksal von gestern“ — Friedrichsbau: „Du bist mein Glück“ — Harmonie: „Die besten Jahre unseres Lebens“ — Union: „Viel Lärm um Nichts“ — Augustinermusikverein: Richard Engelmann — Institut Inaugural: Graphik französischer Meister der Gegenwart — Neus Stadtmuseum: Die Welt des Kindes.

## Die Gemeinden im Wahlkampf

Schalstadt. Am 1. November fand hier im „Jöble“ eine öffentliche Versammlung der Demokratischen Partei statt. Es sprach M. d. L. Bürgermeister Stahl, Titisee, über brennende Tagesfragen. Ganz besonders vertrat er die Belange der Landwirtschaft. Der Redner brachte den unbedingten Willen der Demokratischen Partei zum Zusammenschluß der südwestdeutschen Länder zum Ausdruck, ferner forderte er baldige Vereinfachung unseres kostspieligen Verwaltungsapparates, der nur unnötig den kleinen Steuerzahler belastet. Zu den Auswirkungen der Währungsreform und den unglaublich hohen Besatzungskosten nahm der Redner ebenfalls Stellung. Im Anschluß an die Ansprache war eine rege Diskussion im Gange, bei der manche Sorgen und Nöte der Bevölkerung zur Sprache kamen.

Malterdingen. Die öffentliche Versammlung, in der Bürgermeister Stahl-Titisee sprach, wurde für die Demokratische Partei zu einem großen Erfolg. Der Saal im „Löwen“ war von über 100 Männern besetzt, das leichtverständliche Referat des Reiners rechnete an Hand von ergangenen unverständlichen Verordnungen mit der übersteigerten Bewirtschaftungsbürokratie gründlich ab. Kampf gegen den Papierkrieg und das Verschwinden der Formulare, Statistiken und Fragebögen sei das erste Gebot, damit wieder eine billige Produktion der lebenswichtigen Bedarfs- und Versorgungsrartikel für die Bevölkerung möglich wäre. Gastwirt Scheer war der Versammlung der gute Versammlungsleiter.

Hinterzarten. Dem Ausgang der Gemeinderatswahlen sieht man in unserer Gemeinde mit großem Interesse entgegen. Große Chancen gibt man der Vorschlagsliste der Demokraten, die, von Bühlhofbauer Wilde geführt, auf den weiteren Plätzen mit angesehenen Bürgern der Gemeinde besetzt ist.

Grafenhausen. Zu einer unerwartet großen politischen Kundgebung wurde die vom Ortsverein Grafenhausen der DP angesetzte Wahlversammlung im Gasthaus „Zum Kreuz“. Das ausführliche, sachlich begründete und erschöpfende Referat des Redners, Landtagsabgeordneter Stahl von Titisee beleuchtete die politischen Gegenwartsfragen bis ins kleinste und fand bei den 116 Anwesenden und besonders auch bei der jungen Generation aufrichtig dankbare Anerkennung. Aber auch die einleitende Eröffnungssprache des 1. Vorsitzenden des Ortsvereins und Spitzenkandidaten für die Gemeindevahl, Herrn Ewald Jäger, Malermeister, beh. ortspolitischer Angelegenheiten fand bei den Zuhörern verständlich dankbaren Widerhall. Der Vorsitzende schloß die aufschlußreiche Kundgebung mit einem Appell an alle Anwesenden, sich einzusetzen für die Verbreiterung unseres freien demokratischen Gedankengutes als vordringlichste Notwendigkeit zur Führung einer gesunden Gemeindepolitik.

Bad Krozingen. Der neugewählte Ortsverein der Demokratischen Partei hält am Dienstag, den 9. November, 20 Uhr, im Gasthaus „Zum Adler“ in Oberkrozingen eine öffentliche Versammlung ab, in der Oekonomierat a. D. Vielhauer, Freiburg, Mitglied des Landtags, über Demokratie und ihre Stellung zur Volks- und Landwirtschaft spricht.

## Versammlungskalender

für die Kreise Freiburg und Neustadt

Tag	Uhr	Ort	Lokal	Redner
10. Nov.	20 Uhr	St. Georgen	„Zur Stube“	Landtagsabg. Menges
10. Nov.	20 Uhr	Mengen	„Adler“	Bürgermeister Stahl, Titisee
10. Nov.	20 Uhr	Breisach	„Eckardsberg“	Bürgermeister Menges und Lehrer Gravenstein, Freiburg
11. Nov.	20 Uhr	Bollschweil		Kreis-Geschäftsführer Leimensoll, Lahr
11. Nov.	20 Uhr	Ehrenstetten	„Löwen“	Kreisrat Vieser, Lahr
11. Nov.	20 Uhr	Kirchhofen		Stadtrat Glöckler, Lahr
11. Nov.	20 Uhr	St. Blasien	Klostermeierhaus	Bürgermeistr. Stahl, Titisee
12. Nov.	20 Uhr	Willat	„Sonne“	Stadtrat Meuer, Lahr
12. Nov.	20 Uhr	Gundelfingen	„Sonne“	Kaufmann Neumeister, Lahr
12. Nov.	20 Uhr	Kappel	„Kreuz“	Stadtrat Scheible, Lahr
12. Nov.	20 Uhr	Lenzkirch	„Löwen“	Bürgermeistr. Stahl, Titisee
13. Nov.	20 Uhr	Ihringen	„Hirschen“	Bürgermeister Menges, Freiburg
13. Nov.	20 Uhr	Bischoffingen	„Engel“	Oekonomierat Vielhauer, Freiburg
13. Nov.	20 Uhr	Munzingen	„Warteck“	Lehrer Gravenstein, Freiburg
13. Nov.	20 Uhr	Opfingen	„Blume“	Oberstudienrat Litterst, Freiburg
13. Nov.	20 Uhr	Oberrotweil	„Gute Quelle“	Bürgermeister Schemenau, Freiburg
13. Nov.	20 Uhr	Bickensohl	„Engel“	Kreisrat Haberer und Betriebsleiter Fritzenschaft, Freiburg
13. Nov.	20 Uhr	Oberbränd	„Falken“	Bürgermeistr. Stahl, Titisee
13. Nov.	20 Uhr	Freiburg	„Harmonie“	Wirtschaftsminister Wildermuth

# Kommandowirtschaft - Kranke Wirtschaft! - Freie Initiative - Wohlstand für alle!

### Wahlvorschläge der Kreisabgeordneten des Kreises Freiburg i. Br.

Nach der Anordnung des Badischen Ministeriums des Innern vom 2. September 1948 finden am Sonntag, dem 14. November 1948, die Wahlen zu den Kreisversammlungen (Kreiswahlen) statt. Für den Kreis Freiburg sind 24 Abgeordnete zur Kreisversammlung auf die Dauer von 4 Jahren zu wählen.

Der Wahlausschuß für den Kreis Freiburg hat in seiner Sitzung am 28. Oktober 1948 die Wahlvorschlagslisten der zugelassenen politischen Parteien wie folgt und — entsprechend dem zeitlichen Eingang der Wahlvorschläge — in nachstehender Reihenfolge festgestellt:

#### Nr. I

Wahlvorschlagsliste der Demokratischen Partei Süd- und Mittelbaden für die am 14. 11. 1948 stattfindende Wahl der Kreisabgeordneten, Kreis Freiburg i. Br.

Als Bewerber werden in Vorschlag gebracht:

1. Wahlbauer Otto, geb. 4. 10. 1881, Oekonomierat i. R., Freiburg;
2. Hübner Ludwig, geb. 1. 2. 33, Handelsvertreter, Merzhausen;
3. Guggel Robert, geb. 7. 10. 1877, Bürgermeister, Landwirt, Mengen;
4. Meuschen Georg, geb. 2. 10. 1877, Bürgermeister i. R., Freiburg;
5. Stark Friedr. Konrad, geb. 15. 11. 1874, Weinbauer, Schallstadt;
6. Ursmann Heinrich, geb. 18. 10. 1874, Landwirt, Freiburg;
7. Eysenböck Gustav, geb. 1. 11. 1874, Winzerverein-Vorsitzender, Düringen;
8. Scherzinger Hans, geb. 2. 10. 1874, Landesproduktionshändler, Freiburg;
9. Dylsch Helmut, geb. 19. 11. 1874, Dipl.-Volkswirt, Freiburg;
10. Wirth Hermann, geb. 24. 8. 1874, Dentist, Freiburg-Betzhausen;
11. Schönbach Gertrud, geb. 9. 9. 1874, Landwirt, Mengen;
12. Ursmann Heinrich, geb. 18. 10. 1874, Weinbauhändler, Breisach;
13. Wacker Elisabeth, geb. 4. 3. 1874, Hausfrau, Freiburg;
14. Heitweck Adolph, geb. 13. 8. 1874, Schneider, Göttsheim;
15. Frieder Bertha, geb. 13. 8. 1874, Bürgermeisterin, Landwirt, Umkirch;
16. Albrecht Friedrich, geb. 2. 10. 1874, Kaufmann, Freiburg;
17. Malsinger Friedrich, geb. 2. 10. 1874, Schreinermeister u. Innungsgemeister, Freiburg;
18. Heß Fritz, geb. 2. 11. 1874, Kaufmann, Freiburg;
19. Litterst Karl, geb. 21. 8. 1874, Oberstudienr., Freiburg;
20. Ackermann Wilhelm, geb. 14. 1. 1874, Pfarrer i. R., Freiburg;
21. Gress August, geb. 2. 8. 1874, Apotheker, Freiburg;
22. Wieg Josef, geb. 18. 1. 1874, Kaufmann, Freiburg;
23. Kreis Karl, geb. 13. 8. 1874, Justizrat, Freiburg;
24. Scheinmann Otto, geb. 21. 8. 1874, Bürgermeister i. R., Freiburg;

#### Nr. II

Wahlvorschlagsliste der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union Baden für die am 14. November 1948 stattfindende Wahl der Kreisabgeordneten im Kreis Freiburg i. Br.

Als Bewerber werden in Vorschlag gebracht:

1. Benz Karl, geb. 12. 3. 96, Dir. d. Städt. Wohlfahrtsamtes, Freiburg, Scheffelstraße 16;
2. Lay Adolf, geb. 19. 7. 87, Bürgermeister, Düringen, Breisacher Str. 484;
3. Vogel Josef, geb. 11. 11. 87, Oberlehrer-Sekretär, Freiburg, Friedhofstraße 41;
4. Wirth Oskar, geb. 28. 3. 84, Schlosser, Konradin-Kreuzer-Straße 18;
5. Richter Karl Josef, geb. 17. 2. 78, Reichsbahninspektor a. D., Ebnet, Hauptstraße 3;
6. Teusch Dr. Josef, geb. 2. 7. 83, prakt. Arzt, Freiburg, Zähringer Str. 208;
7. Fehrer August, geb. 1. 8. 94, Bürgermeister, Breisach, Kreuzstraße 107;
8. Heiser Eberhard, geb. 21. 1. 13, Geschäftsführer, Freiburg, Prinzen-Straße 27;
9. Krewen Johann, geb. 1. 10. 1874, Landwirt, Neuzhausen;
10. Koch Maria, geb. 2. 11. 1874, Hausfrau, Freiburg, Böggenruterstr. 3;
11. Strub Hermann, geb. 11. 11. 87, Bürgermeister, Scherzinger, Haus 11;
12. Huby Dr. Josef, geb. 1. 2. 83, Vermögensverwalter, Freiburg, Heusselstraße 11;
13. Schuler Leo, geb. 15. 6. 87, Schneidermeister, St. Peter, Roter Weg 88;
14. Nieber Hans, geb. 21. 11. 06, Gesch.-Inh., Stefanstraße 40;
15. Klotzer Wilhelm, geb. 22. 9. 86, Bauer, Buchenbach 32;
16. Goss Hermann, geb. 23. 8. 81, Architekt, Freiburg, Gartenstraße 17;
17. Hill Wilhelm, geb. 11. 11. 81, Landwirt, Stöckelstein, Haus 484;
18. Leubner Otto, geb. 11. 11. 81, Tischlermeister, Freiburg, Kronenstr. 1;
19. Schuster Albert, geb. 11. 11. 81, Angestellter, Kirchzarten-Neuhäuser;
20. Rauter Dr. Frz. Beate, geb. 18. 9. 87, Studienrätin, Freiburg, Konviktsstraße 18;
21. Voggenreiter Dr. Leonhard, geb. 24. 5. 83, prakt. Arzt, Ehrenstetten;
22. Zimmermann Adolf, geb. 11. 12. 84, Gastwirt, Herbolzheim;
23. Caves Emil, Stadt. Angestellter, Freiburg, Engelberger Straße 2;
24. Wölfl Carl, geb. 11. 11. 84, Goldschmied, Breisach, Kupferplatz 58;
25. Schöbter Theodor, geb. 19. 9. 86, Malermeister, Freiburg, Sternwaldstraße 4;
26. Nassel Josef, geb. 11. 2. 79, Gutsverwalter, Münstlingen;
27. Pfendler Alfons, geb. 1. 8. 81, Bürgermeister und Landwirt, Zarten, Heusselstr. 48;
28. Schuler Karl Friedrich, geb. 4. 8. 87, Landwirt und Gastwirt, Freiburg-St. Georgen, Basler Landstraße 97;
29. Wacker Karl, geb. 13. 8. 83, Landwirt, Kirchhofen;
30. Huse Franz, geb. 1. 3. 83, Schulhelfer, Kandelstraße 24;
31. Mutsch Otto, geb. 1. 3. 83, Bürgermeister, Christen, Haus 33;
32. Mohr Alois, geb. 1. 8. 83, Bürgermeister und Landwirt, Hengen, Kirchstraße 198;

#### Nr. III

Wahlvorschlagsliste der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Land Baden, franz. Zone, für die am 14. November 1948 stattfindende Wahl der Kreisabgeordneten im Kreis Freiburg i. Br.

Als Bewerber werden in Vorschlag gebracht:

1. Knopp Josef, geb. 12. 12. 83, Vermessungsrat, Freiburg i. Br., Lorettstraße 32;
2. Bombach Adolf, geb. 1. 8. 86, Bürgermeister und Landwirt, Buchheim;
3. Martini Philipp, geb. 1. 10. 1881, Ministerialdirektor, Freiburg i. Br., Stefan-Kreuzer-Straße 15;
4. Heitweck Adolph, geb. 1. 2. 83, Holzhauser, Kappel;
5. Schmidt Albert, geb. 18. 8. 81, Angestellter, Au;
6. Brand Gustav, geb. 21. 8. 86, Wasserbauingenieur, Breisach a. Rh.;
7. Weber Erich, geb. 5. 8. 86, Schlossermeister, Freiburg, Tullastraße 22;
8. Dr. Schlayer Gerda, geb. 2. 8. 81, Kinderärztin, Freiburg, Sandstr. 1;
9. Kromer Albert, geb. 1. 8. 83, Schlosser, Kirchzarten, Zartener Str. 1;
10. Schumacher Hugo, geb. 7. 8. 84, Angestellter, Freiburg i. Br., Klarastraße 50;
11. Kumpf Johann, geb. 8. 8. 84, Angestellter, Merzhausen, Hexentalstr. 22;
12. Möslinger Wilhelm, geb. 11. 11. 81, Mediziner, Gundelfingen, Kirchstraße 47;
13. Stalder Andrea, geb. 19. 11. 86, Angestellte, Freiburg i. Br., Schwabentorplatz 8;
14. Fischer Viktor, geb. 22. 8. 86, Hatzschreiber, Ehrenstetten;
15. Arnold Paula, geb. 2. 10. 1884, Hausfrau, Freiburg i. Br., Buchholzerstr. 22;
16. Sick Josef, geb. 1. 8. 83, Buchdrucker, Freiburg i. Br., Gießenstr. 7;
17. Stelzer Martin, geb. 1. 9. 83, Landwirt, Buchheim;
18. Herrenkind Martin, geb. 2. 8. 83, Geschäftsinhaber, Düringen a. K.

#### Nr. IV

Wahlvorschlagsliste der kommunistischen Partei, Kreis Freiburg i. Br., für die am 14. November 1948 stattfindende Kreiswahl im Kreis Freiburg.

Als Bewerber werden in Vorschlag gebracht:

1. Treffelner Jakob, geb. 8. 1884, Schlosser, Freiburg i. Br., Steinacker Straße 5;
2. Heitler Wilhelm, geb. 4. 1887, Landwirt, Umkirch, Haus 28;
3. Seifried Käthe, geb. 3. 1884, Sekretärin, Freiburg i. Br., Heusselbacher Straße 60;
4. Ziemer Hermann, geb. 7. 1885, Kaufmann, Freiburg i. Br., Stefan-Meyer-Straße 129;
5. Stork Bernhard, geb. 4. 1888, Richtermeister, Gundelfingen;
6. Dr. Bayer Hans, geb. 8. 1888, Arzt, Freiburg i. Br., Stadtstraße 11;
7. Mödner Friedrich, geb. 18. 4. 1897, Fachwerker, Merzhausen, Herbersackerstr. 4;
8. Krohn Karl, geb. 28. 1. 1888, Schreiner, Freiburg i. Br., Hauptstraße 74;
9. Frenthuber Max, geb. 12. 1. 1894, Gewerkschaftssekretär, Freiburg i. Br., Stuttgarter Straße 65A;
10. Jakobi Jakob, geb. 1. 8. 1898, Angestellter, Breisach a. Rh., Zepplinstr. 55B;
11. Wacker Hermann, geb. 18. 2. 1911, Friseurmeister, Freiburg i. Br., Hauptstraße 18;
12. Dr. Weber Fritz, geb. 2. 1811, Kornverwalter, Ehningen, Haus 67;
13. Strohmayer Maria, geb. 1. 1888, Hausfrau, Freiburg i. Br., Stuttgarter Straße;
14. Weber Christian, geb. 24. 8. 1878, Werkmeister, Hungen, Hauptstraße 25;
15. Muesel Otto, geb. 11. 8. 80, Kaufmann, Freiburg i. Br., Hatzscher Str. 28

Für die Stimmabgabe sind die im Wahlraum aufzuhängenden amtlich beglaubigten Stimmzettel zu verwenden. Die Wahlberechtigten können ihre Stimme nur einem festgestellten Kreiswahlvorschlagsliste geben. Die Streichung von Namen aus einer Vorschlagsliste oder die Hinzufügung von Namen anderer Personen ist unzulässig. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Wahlberechtigte in dem auf dem Stimmzettel vorgedruckten Ring neben dem Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, ein Kreuz (Zeichen) setzt. Der Stimmzettel für die Kreiswahl ist mit dem Stimmzettel für die Gemeinderats- (Stadt-) wahlen in einem ebenfalls amtlich beglaubigten Wahlumschlag zu stecken. Der Wahlumschlag ist gefaltet in die im Wahlraum aufzuhängende Wahlurne zu legen. Nicht amtlichen Stimmzettel, sowie Stimmzettel, die nicht an dem amtlichen Wahlumschlag abgeben wurden, sind unzulässig. Unzulässig sind ferner Stimmzettel, die mit einem auf die Person des Wählers besonderten Kennzeichen versehen sind, aus deren Kennzeichnung der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft zu erkennen ist oder deren ganzer Inhalt durchgestrichen ist.

Freiburg, den 2. November 1948.

Der Kreiswahlleiter.

### Feststellung der Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Stadträte in Freiburg i. Br. am 14. November 1948

Der Gemeindevorstand der Stadt Freiburg i. Br. hat für die Wahl der Stadträte am 14. November 1948 die Wahlvorschlagslisten der zugelassenen politischen Parteien wie folgt und — entsprechend dem zeitlichen Eingang der Wahlvorschläge — in nachstehender Reihenfolge festgestellt:

#### 1. Demokratische Partei Süd- und Mittelbaden, Ortsverein Freiburg i. Br.

1. Scheinmann Otto Karl, geb. 21. 8. 1877, Bürgermeister i. R., Zähringerstraße 11;
2. Albrecht Friedrich, geb. 2. 10. 1874, Eisenwarenhändler, Schwimmplatzstraße 30;
3. Litterst Karl, geb. 21. 8. 1877, Oberstudienr., Falkenstraße 17;
4. Menges Georg, geb. 2. 2. 1888, Bürgermeister i. R., Goethestraße 13;
5. Werner Hans Wolfgang, geb. 1. 11. 1818, Kaufmann, Fürstenbergstraße 26;
6. Weidert Elisabeth, geb. 4. 3. 1882, Hausfrau, Kronenstraße 23;
7. Böninger Friedrich, geb. 8. 7. 1892, Schreinermeister, Gerberau 18;
8. Kees Karl, geb. 17. 4. 1882, Justizrat, Starckenstraße 21;
9. Heß Fritz, geb. 3. 4. 1811, Kaufmann, Karlsstraße 21;
10. Bieleit Georg, geb. 11. 11885, Rektor, Zähringerstraße 112;
11. Wea Alfred, geb. 23. 8. 1878, Kaufmann und Schuhmachermeister, Maximilianstraße 24;
12. Schmidt Eugen, geb. 13. 8. 1877, Hauptlehrer i. R., Zähringerstraße 107;
13. Weber Sophie, geb. 24. 5. 1892, Hausfrau, Silberbodestraße 27;
14. Dylsch Helmut Wolfgang, geb. 19. 11. 1913, Fabrikant, Goethestr. 65;
15. Ackermann Wilhelm, geb. 14. 1. 1874, Pfarrer i. R., Beutestr. 17;
16. Pragermann Hans, geb. 2. 4. 1879, Kaufmann, Hauptstraße 4;
17. Glaser Jakob, geb. 20. 3. 1877, Fabrikant, Krugstraße 6;
18. Heßling Hans, geb. 13. 1. 1884, Dekorationsmalermeister, Hauptstraße 10;
19. Cravenstein Herbert, geb. 20. 11. 1871, Lehrer, Hauptstraße 3;
20. Wolf Josef, geb. 18. 1. 1873, Kaufmann, Zähringerstraße 108;
21. Nitschold Helmut, geb. 28. 8. 1878, Demoskrienermeister, Bismarckstraße 2;
22. Krüger Hermann, geb. 18. 11. 1877, Buchhändler, Hauptstraße 18;
23. Helm Oskar, geb. 21. 4. 1882, Ingenieur, Hauptstraße 18.

#### 2. Christlich-DEMOKRATISCHER Union Baden, Stadtkreis Freiburg i. Br.

1. Dichtel Anton, geb. 18. 8. 1881, Kaufmann, Bärenweg 12;
2. Fleig Dr. Paul, geb. 4. 7. 1885, Ministerialdirektor, Zähringerstraße 20;
3. Streng Richard, geb. 4. 8. 1878, Bürgermeister, Moosstraße 92;
4. Lippe Josef, geb. 18. 1. 1871, Zimmermeister, Habsburgerstraße 21;
5. Zeiler Ernestine, geb. 3. 10. 1888, Geschäftsinhaberin, Ebnethstraße 22;
6. Weber Hans, geb. 11. 11. 1888, Dipl.-Kaufmann, Dreikönigsstraße 1;
7. Lehr Albert Martin, geb. 21. 8. 1813, Dipl.-Ing., Lindenmittenstraße 27;
8. Knobel Richard, geb. 24. 8. 1864, Gewerkschaftssekretär, Altmühlweg 1;
9. Kopf Dr. Hermann, geb. 28. 3. 1881, Rechtsanwalt, Vautenstr. 18;
10. Rohrer Franz, geb. 21. 11. 1866, Buchdruckverleger, Erbprinzenstraße 2;
11. Schöbter Karl Friedrich, geb. 8. 4. 1886, Land- und Gastwirt, Basler Landstraße 97;
12. Basser Karl, geb. 12. 11. 1889, Buchdr.-Faktor, Freiligraberstr. 30;
13. Rudmann Stefan, geb. 13. 7. 1903, Prokurist, Reussweg 49;
14. Endersin Hermann, geb. 18. 7. 1883, Metzgermeister, Hinter dem Schwabentor 4;
15. Dorn Fritz, geb. 19. 4. 1884, Kaufmann, Kaiser-Josef-Straße 232;
16. Bleyer Dr. Hildegard, geb. 12. 11. 1882, Referentin im Landesarchivamt, Habsburgerstraße 102;
17. Bismiele Ernst, geb. 17. 7. 1882, Kaufmann, Günterstalstr. 21;
18. Teusch Dr. Josef, geb. 8. 7. 1893, prakt. Arzt, Zähringer Str. 208;
19. Biefling August, geb. 19. 2. 1907, Bäckermeister, Drakönigstraße 28;
20. Fritz Eugen, geb. 20. 5. 1881, Biecher- und Installateur, Dreikönigsstraße 29;
21. Schich Johann, geb. 18. 7. 1881, Backofenbauer, Sonnenbergstr. 11;
22. Koch Maria, geb. 2. 12. 1891, Hausfrau, Böggenruterstraße 3;
23. Striebel Franz, geb. 24. 8. 1880, Kaufmann, Goethestraße 27;
24. Ledner Werner, geb. 17. 1. 1886, Bankangestellter, Wilhelmstr. 14;

#### 3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Land Baden, Ortsverein Freiburg i. Br.

1. Schieler Fritz, geb. 7. 3. 1880, Direktor, Schlierstraße 26;
2. Ruh Robert, geb. 4. 10. 1888, Schreinermeister, Stühlinger Str. 4;
3. Olokkert Karl, geb. 4. 4. 1883, Lagerverwalter, Hatzscher Str. 27;
4. Gerhardt Dr. Walter, geb. 26. 11. 1888, Rechtsanwalt, Stadtstr. 28;
5. Sech Emma, geb. 27. 7. 1908, Hausfrau, Freiau 25;
6. Bank August, geb. 17. 12. 1886, Mechaniker, Andreas-Hofer-Str. 4;
7. Koch Friedrich, geb. 14. 11. 1811, Architekt, Jahnstraße 10;
8. Thoma Karl, geb. 14. 12. 1914, Glasermeister, Habsburgerstraße 46;
9. Kappes Peter, geb. 29. 12. 1888, Buchdrucker, Richard-Wagner-Straße 1;
10. Breitenbach Heinrich, geb. 17. 4. 1886, Gewerkschaftssekretär, Eisenbahnstraße 28;
11. Riemenpeter Dr. Alfred, geb. 4. 9. 1900, Hauptlehrer, Leiter der Volkshochschule, Blasiusstraße 18;
12. Geiler Anna, geb. 22. 2. 1907, Hausfrau, Stadtstraße 4;
13. Pfaff Hubert, geb. 4. 5. 1910, Kaufmann, Wilhelmstraße 11;
14. Meier Emma, geb. 16. 1. 1882, Geschäftsinhaberin, Wiesenberg 2;
15. Ziegler Eugen, geb. 21. 4. 1894, Schneider, Günterstalstraße 20;
16. Gramlich Fritz, geb. 2. 12. 1903, Angestellter, Dietersbachstraße 42;
17. Casagrande Heinrich, geb. 4. 6. 1890, Gastwirt, Schwarzwaldstr. 6;
18. Stibal Rudolf, geb. 17. 4. 1893, Geschäftsführer der Allg. Ortskrankenkasse Freiburg i. Br., Stephanstraße 44;
19. Mörbes Melania, geb. 11. 8. 1882, Hausfrau, Rutenstraße 22;
20. Kammerer Adolf, geb. 17. 8. 1884, Ingenieur, Richard-Wagner-Straße 17;
21. Müller Hermann, geb. 24. 11. 1882, Maschinensetzer, Erbprinzenstraße 2;
22. Kaiser Otto, geb. 21. 12. 1904, Glasermeister, Egonstraße 4;
23. Kaufmann Vinzenz, geb. 1. 11. 1890, Schneider, Karlsruher Straße 18;
24. Eberle Carl, geb. 7. 7. 1882, Kaufmann, Schwarzwaldstraße 205;

#### 4. Kommunistische Partei Land Baden, Kreis Freiburg i. Br.

1. Möller Alfred, geb. 28. 11. 1898, Schreiner, Kybichstraße 11 a;
2. Seifried Käthe, geb. 21. 8. 1884, Sekretärin, Hatzscher Straße 24;
3. Stiller Franz, geb. 28. 11. 1913, Maurer, Sauterstraße 64;

### AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

**Bekanntmachung**  
Über die Wahl von Personen, die in einer gültigen Wahlvorschlagsliste für die Kommunalwahlen 1948 nicht aufgenommen, sondern in einem Gemeindevorstand, in dem nur eine gültige Wahlvorschlagsliste eingereicht wurde, festgesetzt wurde, können die Wähler an Stelle eines oder mehrerer Namen der Wahlvorschlagsliste die Namen eines oder mehrerer wählbarer Bürger setzen, auch wenn diese nicht Bewerber sind.  
In Gemeinden, in denen eine gültige Wahlvorschlagsliste nicht eingereicht wurde, können die Wähler auf dem amtlichen Wahlumschlag bis zur gesetzlichen Zahl der zu wählenden Gemeinderäte die Namen von wählbaren Bürgern setzen.  
Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei unzulässiger Personennennung die Wahlbarkeit aus der getroffenen Stimmabgabe nach Maßgabe der Bekanntmachungen des Staatsministeriums für politische Säuberung vom 21. 8. 1948 (Blatt. Ges.-u. Verh. d. L. 18/19) ergibt. Ob gegen eine Person eine Säuberungsmaßnahme getroffen wurde und wie der Wortlaut der Säuberungsbestimmung ist, kann bei dem Bürgermeisterämtern in Erfahrung gebracht werden.

Die Verkündung von Gewählten, die nicht Wahlberechtigt sind, kann erst erfolgen, wenn die Wahlbarkeit der auf dem Wahlumschlag von den Wählern nicht eingetragenen Personen ausdrücklich nachgewiesen ist. Soweit dies nicht noch am Wahltag erfolgt, sind diese Personen durch den Gemeindevorstand sofort zur Vorlage der Unterlagen für den Nachweis ihrer Wahlbarkeit innerhalb 24 Stunden aufzufordern. Die Prüfung findet gemäß den in Kraft befindlichen Bestimmungen statt.  
Freiburg, den 3. 11. 1948.  
Bad. Ministerium des Innern  
St. Dr. Schönly  
Bad. Staatskommissariat für politische Säuberung  
St. Dr. Neuley

### Wahl der Stadträte der Stadt Freiburg i. Br. und der Kreisabgeordneten für den Kreis Freiburg i. Br. am 14. November 1948

Nach Anordnung des Bad. Ministeriums des Innern vom 2. September 1948 finden am Sonntag, 14. November 1948, die Wahlen zu den Kreisversammlungen und Gemeinderäten statt.  
Für die Stadt Freiburg i. Br. sind 24 Stadträte und für den Kreis Freiburg i. Br. 24 Mitglieder zur Kreisversammlung auf die Dauer von 4 Jahren zu wählen. — Für beide Wahlen sind die Vorschlagslisten folgender politischen Parteien als gültig und — entsprechend dem zeitlichen Eingang — in nachstehender Reihenfolge festgestellt worden:

#### Nr. I Wahlvorschlagsliste der Demokratischen Partei Süd- und Mittelbaden

#### Nr. 2 Wahlvorschlagsliste der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union Baden

#### Nr. 3 Wahlvorschlagsliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Land Baden

#### Nr. 4 Wahlvorschlagsliste der kommunistischen Partei Land Baden

Die Namen der zugelassenen Wahlbewerber werden gleichzeitig in den besonderen Bekanntmachungen der Gemeindevorstände und Kreiswahlleiters veröffentlicht. Hinsichtlich der Bekanntmachung der Kreiswahlvorschlagslisten wird auf die Bekanntmachung des Kreiswahlleiters vom 2. November 1948 in der Presse Bezug genommen.  
Für beide Wahlhandlungen sind die im Wahlraum aufzuhängenden amtlichen Stimmzettel und der ebenfalls amtlich beglaubigte, mit dem Dienstsiegel des Bad. Ministeriums des Innern versehene Wahlumschlag zu verwenden. Beide Stimmzettel sind in einem Umschlag zu stecken, der wiederum in die im Wahlraum aufzuhängende Wahlurne zu legen ist. Jeder Wahlberechtigte kann nur die seine festgesetzte Wahlvorschlagsliste stimmen. Die Stimmabgabe erfolgt, indem der Wähler in den auf dem Stimmzettel vorgedruckten Ring neben dem Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, ein Kreuz (Zeichen) setzt.  
Nichtamtliche Stimmzettel, sowie Stimmzettel, die nicht in dem amtlichen Wahlumschlag abgeben werden, machen die Stimmabgabe unzulässig. Unzulässig sind ferner Stimmzettel:

- die mit einem inneren oder äußeren Kennzeichen versehen sind, die sich in einem Umschlag mit Bemerkungen befinden, soweit diese für den Bewerber, Dritte oder für Behörden der Bestimmungsmacht bezeichnend sind,
  - die ein auf die Person des Wählers besondertes hinweisendes Kennzeichen haben,
  - aus deren Kennzeichnung der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft zu erkennen oder deren ganzer Inhalt durchgestrichen ist.
- Die Streichung von Namen aus einem Wahlvorschlag oder die Hinzufügung von Namen anderer Personen ist unzulässig.  
Die Wahlhandlung beginnt um 8 Uhr und endet um 18 Uhr.  
Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Lage der Wahlurne ist aus deren besonderen Bekanntmachungen des Gemeindevorstandes an den öffentlichen Anschlagstellen ersichtlich. — Wählen kann nur, wer in der Wahlkartei steht. Bei der Abstimmung ist die Beachtung der Wahlkartei über den Eintrag des Wahlberechtigten in der Wahlkartei vorzulegen.  
Freiburg i. Br., 2. November 1948  
Der Oberbürgermeister als Gemeindevorstand (8-688)

**Gasper Kammer**  
Freiburg i. Br.  
Große Posten  
**Kinder Winter-Mäntel**  
reine Wolle und ganz gefüttert  
39,-, 49,-, 59,-, 69,-, 79,-  
Täglich geöffnet 8.30-12.30 u. 14-18 Uhr  
Sonntags durchgehend (2-49)

Holzbearbeitungsbetrieb sucht für die Anfertigung von Reißbrettern  
**MEISTER**  
oder erfahrenen, aufstrebenden Fachmann, der einen Meisterposten ausfüllen kann. Spezialkenntnisse erforderlich. Angemessene Vergütung ist vorgesehen. Zuzugenehmigung gesichert. Wohnung wird besorgt.  
Angebote unter Nr. 2-682H an „Das Neue Baden“, Lehr

**MIE**  
KAMMUS  
DONAUESCHINGEN  
BADEN-BADEN

### GESCHÄFTLICHES

**Dr. med. J. Beyerle**  
Fachärztin für innere Krankheiten  
Villingen (Schwarzwald)  
Karlsruhe 13    Telefon 2092  
von der Reise zurück!  
Sprechstunden: Montag — Freitag  
von 8—11 Uhr (2-466)

### Möbelhandlung

**Leo Münzer, Löfingen**  
empfiehlt sein Lager:  
**Küchenbüfets**  
**Kinderbettstellen**  
**Stühle**  
**Kleiderschränke**  
**Patent-Unten- und Obermatratzen**  
**1 a Qualität**

### 170. Versteigerung

Donnerstag, den 11. Nov. 1948,  
14 Uhr, in Greiv. A. aus Ver-  
steigerung gegen Ba- und 10%  
Aufgeld im großen Saal der  
Restaurations-Harmonie  
Greiv. A. 12  
Kleinaus, Waage, Schlafzim-  
mer, Dipl.-Schreibtisch,  
Schränke, Ständer, Vertikow,  
Chaiselongue, Bücherschrank,  
Polstermöbel, Ausgipstisch,  
Stühle u. sonstige Kleinfabrik.  
Die Möbel kommen punkteils  
um 15 Uhr zum Ausgabot.  
Möbelversteigerung ab 11.30 Uhr.

### Viel Lärm um NIXI

Die lustige Geschichte von  
dem Mädchen Nixi, das  
durchaus nicht geistlos  
sein will. — Jugendverbot  
bis 16 Jahre. Jetzt täglich:  
14.11. 18.30, 18.40 und 21 Uhr.  
(Aussier Donnerstag. — Vor-  
verkauf täglich ab 12 Uhr.  
Ab Freitag, den 12. 11. 48  
Hilke Krahl — Fast Buch-  
schmuck aus dem höchsten  
Filmstudien

### Meine Freundin Josefina

Mit: Fita Benckhoff, Hans  
Leibert, Otis Urbauer,  
Jugendverbot (2-677)

### HARMONIE

Lichtspiele Freiburg i. Br.  
Der beste Film des Jahres  
Das Tagesgespräch Freiburg!

### Die besten Jahre unseres Lebens

Ein Samuel-Goldwyn-Film  
in deutscher Sprache. Mit  
Myrna Loy, Fredric March,  
Teresa Wright. — Einige  
der großartigsten Bildschir-  
me, die je geschaffen wor-  
den. — Programmänderung  
über 3 Stunden Beachten!  
Sie die Anfangszeit!  
Täglich: 14.00, 17.30, 19.45  
Uhr. — Sonntag nicht vor-  
19 Uhr. — Mäßig gebühret  
Preis. — Jugendverbot  
Freikarten 1. Woche un-  
gültig. (Vorverkauf täglich von  
12-13 Uhr. (2-678)

### UNION THEATER

### Freiburg i. Br.

### Bla Donnerstag!

Jenny Jago — Albert Mat-  
terstock in:  
**Viel Lärm um NIXI**  
Die lustige Geschichte von  
dem Mädchen Nixi, das  
durchaus nicht geistlos  
sein will. — Jugendverbot  
bis 16 Jahre. Jetzt täglich:  
14.11. 18.30, 18.40 und 21 Uhr.  
(Aussier Donnerstag. — Vor-  
verkauf täglich ab 12 Uhr.  
Ab Freitag, den 12. 11. 48  
Hilke Krahl — Fast Buch-  
schmuck aus dem höchsten  
Filmstudien

### Meine Freundin Josefina

Mit: Fita Benckhoff, Hans  
Leibert, Otis Urbauer,  
Jugendverbot (2-677)